

101. Sitzung

am Donnerstag, dem 19. Juli 2007, 9.00 Uhr,
in München

Geschäftliches	7573	
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Christa Götz, Herbert Ettengruber und Ernst Weidenbusch	7573	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD) Aussetzen des Büchergelds (Drs. 15/8667)		
Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD)	7573	
Georg Eisenreich (CSU)	7574	
Simone Tolle (GRÜNE)	7575	
Staatsminister Siegfried Schneider	7576	
Franz Maget (SPD)	7577	
Beschluss	7577	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Öffentliche Information über meldepflichtige Ereignisse und Periodische Sicherheitsüberprüfungen in den bayerischen Atomkraftwerken (Drs. 15/8668)		
Ruth Paulig (GRÜNE)	7577, 7582	
Christian Meißner (CSU)	7580	
Christine Kamm (GRÜNE)	7581	
Susann Biedefeld (SPD)	7583	
Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard	7583	
Persönliche Erklärung gem. § 112 GeschO		
Ruth Paulig	7587	
Namentliche Abstimmung (s. a. Anlage)	7588, 7590	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Franz Josef Pschierer u. a. u. Frakt. (CSU) Planungen für den Nordzulauf des Brenner-Basis-Tunnels voranbringen (Drs. 15/8669)		
Eberhard Rotter (CSU)	7588	
Dr. Thomas Beyer (SPD)	7590	
Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	7592	
Beschluss	7593	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Kathrin Sonnenholzner, Joachim Wahnschaffe u. a. u. Frakt. (SPD) Bayern, aber gerechter Hausärztliche Versorgung in Bayern gewährleisten (Drs. 15/8670)		
und		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Auslaufmodell Hausarzt? (Drs. 15/8674)		
und		
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Renate Dodell, Joachim Unterländer u. a. u. Frakt. (CSU) Hausärztliche Versorgung stärken (Drs. 15/8675)		
Verweisung in den Sozialausschuss	7593	
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		

Unabhängigkeit von Netz und Betrieb bei der Bahn (Drs. 15/8671)	(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Freiheit und Sicherheit schützen, Terrorismus mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen (Drs. 15/8673)
Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 7593	Verweisung in den Kommunalausschuss 7593
Dringlichkeitsantrag der Abg. Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Henning Kaul u. a. u. Frakt. (CSU) Novellierung der 1. Bundes-Immissionsschutz verordnung mit Augenmaß (Drs. 15/8672)	Ferienwünsche
Verweisung in den Umweltausschuss 7593	Präsident Alois Glück 7593 Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) 7595 Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber 7596
 	Schluss der Sitzung 7598
Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt.	

(Beginn: 09.02 Uhr)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die Damen des Präsidiums wünschen Ihnen einen guten Morgen.

Ich eröffne die 101. Vollversammlung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Diese wurde – wie immer – erteilt.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, darf ich Ihnen sagen, dass wir heute drei Geburtstagskinder haben: Wir gratulieren ganz herzlich zum Geburtstag Frau Kollegin Christa Götz. Dann dürfen wir ebenfalls einen herzlichen Glückwunsch an Kollegen Herbert Ettengruber richten. Kollege Ernst Weidenbusch ist noch nicht hier; aber auch ihn sollen unsere Glückwünsche begleiten. Herzlichen Glückwunsch, alles Gute, Gesundheit und weiterhin viel Erfolg!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 21 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Als Ersten rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abg. Franz Maget, Hans-Ulrich Pfaffmann, Karin Pranghofer u. a. u. Frakt. (SPD)
Aussetzen des Büchergelds (Drs. 15/8667)**

Ich eröffne die Aussprache und darf als Erstem Herrn Kollegen Pfaffmann das Wort erteilen.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen heute einen weiteren Versuch, den Griff in den Geldbeutel der Familien zu korrigieren.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nichts anderes ist das Büchergeld. Es hat sich in den letzten Monaten gezeigt: Büchergeld ist sinnlos; es hat sich erwiesen, dass sowohl die Bearbeitung der Anträge willkürlich als auch die Höhe völlig falsch berechnet ist. Büchergeld, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist nichts anderes als eine Bildungsgebühr, die Sie in Bayern eingeführt haben, ist die faktische Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

Ich möchte an die Rede des Ministerpräsidenten anknüpfen, der vorgestern zum Schwerpunkt Bildung hier gesagt hat: Wir konnten eine kontinuierliche und konsequente Bildungspolitik für unsere Kinder betreiben. Mir kommt es so vor, liebe Kolleginnen und Kollegen, als würde die CSU in diesem Hause eine konsequente Bildungspolitik gegen die Familien und deren Kinder betreiben. Das zeigt die Einführung des Büchergelds.

Es gibt überhaupt keine sachliche Begründung dafür, ein Büchergeld einzuführen; auch das hat sich in den letzten Monaten erneut erwiesen. Mir wäre es lieber, wir würden über die Rahmenbedingungen an unseren Schulen diskutieren, über die Tatsache, dass wir zu wenige Lehrer haben, zu große Klassen, und darauf in der politischen Auseinandersetzung unser Gewicht legen, nicht auf die Ränderdiskussion um Büchergeld.

Die größte Bildungsungleichheit in Bayern besteht darin, dass die Zukunftschancen der Kinder vom Geldbeutel der Eltern abhängen.

(Beifall bei der SPD)

Das zeigt der Bildungsbericht, und Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, haben hier einen weiteren Baustein hinzugefügt.

Die Eltern sind bereits jetzt belastet – alle, die Kinder in der Schule haben, wissen das – durch die zusätzlichen Kosten für Hefte, Arbeitshefte, Zusatzbücher, ergänzendes Unterrichtsmaterial, die unterstützende Literatur in vielen Fächern, Mittagsbetreuung, Betreuungskosten, Hortkosten, das Mittagessen, die Aktivitäten außerhalb des Schulalltags wie Ausflüge, Schullandheimaufenthalte, Busfahrten. Hinzu kommen – auch das muss hier noch einmal erwähnt werden – die Kosten für Nachhilfe, Nachhilfelehrer, Nachhilfematerial. Jeder vierte Schüler in Bayern – bereits in der Grundschule, 3. und 4. Klasse – braucht Nachhilfe. Alle diese Kosten belasten die Eltern in einem Ausmaß, dass sich sehr viele gute Bildungschancen für ihre Kinder nicht mehr oder nur mit höchsten Schwierigkeiten leisten können.

Das Büchergeld ist zwar in der Höhe nun nicht der ausschlaggebende Punkt, aber ein Baustein in dieser Kostenstruktur, und führt weiterhin dazu, dass die Geldbeutel der Eltern immer dünner werden, wenn sie gute Bildungschancen für ihre Kinder haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Der Ministerpräsident hat vorgestern hier von Leuchtturmprojekten in der Bildungspolitik gesprochen. Das Büchergeld, das Sie eingeführt haben, ist ein echtes Leuchtturmprojekt, liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Eltern müssen sich die Zukunft und die gute Ausbildung ihrer Kinder von der Zweidrittelmehrheit in diesem Hause erkaufen. Das ist die bittere Wahrheit, die wir hier diskutieren. Das ist eine Blamage und zeigt auch, dass der von der Mehrheit in diesem Hause hochgehaltene Schwerpunkt Bildung nichts als eine Worthülse ist. Die Wahrheit schaut ganz anders aus, wenn man hinter die Kulissen blickt.

Stoiber hat gesagt: Bildung ist der wichtigste und nachhaltigste Beitrag für die weitere Entwicklung Bayerns. Unser Ziel lautete zu jeder Zeit: Beste Bildung für unsere Kinder.

– Die Wahrheit ist: Sie sparen jährlich 15 Millionen Euro im Haushalt auf dem Rücken dieser Kinder. 15 Millionen! Wenn das nun der Schwerpunkt Ihrer Bildungspolitik ist, dann können die Kinder, die Schülerinnen und Schüler und die Eltern in diesem Lande gerne auf diesen Schwerpunkt verzichten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es Ihnen ernst ist mit diesen schönen Reden hier in diesem Hause, wenn Sie es wirklich ernst damit meinen, dann beenden Sie die Abzockerei der Eltern, dann beenden Sie den Griff in die Kassen der Familien und sorgen dafür, dass Bildung im Interesse der Kinder kostenfrei zur Verfügung gestellt wird,

(Beifall bei der SPD)

wie es im Übrigen das Gesetz auch vorsieht. Wir haben in diesem Lande schließlich eine Lernmittelfreiheit; mit dem Büchergeld schaffen Sie diese Lernmittelfreiheit faktisch ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Das ist die Wahrheit Ihrer Bildungspolitik, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Und warum? – Sie sparen 15 Millionen Euro. Das steht in keinem Verhältnis zu dem Büchergeld in der Summe. 4 Millionen Euro sind „auf Halde“, können in Bayern nicht ausgegeben werden, weil die neuen Jahrgänge gar keine Bücher bekommen, da viele Bücher noch in Ordnung sind, weil die weiterführenden Schulen – Berufsoberschule, Fachoberschule – überhaupt keine Bücher brauchen, bzw. die Schüler kaufen die Bücher selbst, weil sie sie später weiterverwenden.

Das steht in keinem Verhältnis zueinander. Es zeigt sich, was wir schon damals bei der Gesetzeslesung kritisiert haben: Die Höhe des Büchergeldes ist völlig willkürlich gegriffen und hat keinerlei realen Hintergrund.

(Beifall bei der SPD)

Sie belasten nicht nur die Geldbeutel der Familien, sondern greifen auch in die Kassen der Kommunen. Fast 500 000 Euro gibt allein die Landeshauptstadt München jährlich für die Abrechnung des Büchergeldes aus. In München musste eine eigene Verwaltungsabteilung eingerichtet werden, um das Büchergeld zu organisieren. Es fragt sich, ob das ein Beitrag zum Bürokratieabbau ist. Auch hier zeigt sich also, wie sinnlos das Büchergeld ist, das Sie mit Mehrheit durchgesetzt haben.

Willkür gibt es hier nicht nur in der Sache, sondern auch in der Höhe. Bis heute können Sie nicht erklären, warum der Beitrag 40 Euro sein muss und nicht 20 oder 25 oder 30 Euro. Es gibt keine Berechnungen zur Höhe des Büchergelds. Auch das zeigt, wie willkürlich diese Maßnahme letztlich ist.

4 Millionen Euro – das konnten wir in der Presse lesen – liegen auf Halde. Das ist nichts anderes als ein zinsloser Zwangskredit, den die Eltern aufzubringen haben. Ich meine, dieser Staat könnte bei der derzeitigen Finanzlage sehr gut auf diese Belastung der Eltern verzichten.

(Beifall bei der SPD)

Als Sie das Büchergeld einführten, wussten wir über die Steuereinnahmen noch nicht so viel wie heute. Heute wissen wir, dass in diesem Land deutlich mehr Geld zur Verfügung steht. Wir sollten es für die Bildung ausgeben. Sie haben heute die Möglichkeit, Ihre Fehlentscheidung zu korrigieren.

Kein Mensch will das Büchergeld haben, weder die Kommunen noch die Eltern noch die Schüler noch die Lehrerinnen und Lehrer, die angesichts des Personalmangels mit der Organisation des Büchergeldes enorm belastet werden. Kein Mensch will das Büchergeld haben, nur Sie hier im Parlament. Ich sehe das so: Sie missbrauchen Ihre Zweidrittelmehrheit, Ihre Zweidrittelmacht, um diese Maßnahme durchzusetzen.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben heute die Möglichkeit, Kolleginnen und Kollegen, das durch ein Moratorium zu korrigieren. Setzen Sie das Büchergeld aus, damit die Eltern zu Beginn des neuen Schuljahres wenigstens dieses Geld für die Zukunft ihrer Kinder sparen können.

(Beifall bei der SPD)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Kollegen Eisenreich.

Georg Eisenreich (CSU): Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir beschäftigen uns heute mit diesem Thema zum wiederholten Male. Wir haben zum wiederholten Male nichts Neues gehört. Deswegen verweise ich auf die unzähligen Debatten; ich will mich auch nicht wiederholen.

Ich treffe zwei Feststellungen, die tatsächlich neu sind.

Die erste Feststellung ist – auch wenn Sie es nicht wahrhaben wollen –: Um das Büchergeld ist es ruhig geworden. Der Grund ist, - das ist die zweite Feststellung -, dass das Büchergeld den Schulen gutgetan hat. Man muss es ganz deutlich feststellen: Das Büchergeld hat den Schulen gutgetan. Es hat den Schülerinnen und Schülern gutgetan. Es hat den Lehrern gutgetan, denn damit ist ein Defizit bereinigt worden. Dies war auch der Grund für die Einführung. Wir hatten zum Teil veraltete Bücherbestände. Diese sind in den letzten Jahren sukzessive erneuert worden. Dabei war die Einführung des Büchergeldes ein Riesenvorteil. Deswegen hat es den Schulen gutgetan.

Ich möchte noch einmal deutlich machen, dass es sich hierbei nicht um einen bayerischen Sonderweg handelt.

Der Vorwurf der Privatisierung wird nicht dadurch richtig, dass man ihn ständig wiederholt. Ich weise darauf hin: Der Freistaat gibt pro Schüler je nach Schulart zwischen 3700 und 5000 Euro jährlich aus. Wenn man das Büchergeld hierzu ins Verhältnis setzt, muss man sagen, dass es sich wirklich um einen maßvollen Beitrag handelt. Es handelt sich nur um eine Beteiligung der Eltern. Es ist keine Abschaffung der Lernmittelfreiheit.

Was den Verwaltungsvollzug und die Frage der Bürokratie betrifft, so muss man feststellen: An vielen Orten funktioniert das Büchergeld völlig reibungslos. Deswegen muss man das nicht immer wieder zu einem Problem aufbauschen.

Vielmehr muss überprüft werden – das haben wir von Anfang an gesagt –: Erstens. Wie sind die tatsächlichen Kosten des Verwaltungsvollzugs? Zweitens. Nach einer gewissen Zeit – das ist ja schon im Gesetz angelegt – muss auch die Höhe des Büchergeldes überprüft werden. Dies ist eine klare Sache; das steht so im Gesetz. Wir werden die Überprüfung auch durchführen.

Ich treffe eine letzte Feststellung. – Herr Pfaffmann, vielleicht hören Sie wenigstens einmal zu. – Danke schön. – Wenn Schülerinnen und Schüler ihre Bücher selber kaufen – –

(Zurufe von der SPD)

– Da ich dem, was der Kollege zu dem Thema gesagt hat, zugehört habe, wäre es doch anständig, dass er auch mir zuhört. Im Gegensatz zu ihm trage ich tatsächlich auch einige Neuigkeiten vor.

(Beifall bei der CSU)

Ich möchte einen Irrtum ausräumen. Sie sagen, dass Schülerinnen und Schüler, die ihre Bücher selber kaufen, noch Büchergeld zahlen müssen. Das ist schlicht und einfach falsch. Wer seine Bücher selber bezahlt, ist vom Büchergeld befreit. Solchen Unsinn muss man hier nicht ausbreiten.

Wir haben gesagt: Einige Dinge müssen überprüft werden. Dazu gehören die Kosten des Verwaltungsvollzugs und die Höhe des Büchergeldes. Deswegen haben wir vor einigen Wochen im Ausschuss beschlossen, einen Bericht der Staatsregierung anzufordern. Diesen werden wir dann auch diskutieren. Es gibt also keine neuen Fakten, aufgrund derer wir jetzt eine Entscheidung treffen müssen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Die nächste Wortmeldung kommt von Frau Kollegin Tolle.

(Engelbert Kupka (CSU): Geht es Ihnen wieder besser?)

Simone Tolle (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert):

Vielen Dank für die Nachfrage, Herr Kupka. Ja, es geht mir wieder besser.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Eisenreich, eine Welle der Begeisterung an den bayerischen Schulen über das Büchergeld habe ich nicht verspürt. Gutgetan hat das Büchergeld dem bayerischen Staatshaushalt.

Was das Büchergeld angerichtet hat, war, dass es die Botschaft ausgesandt hat: Bildungsausgaben werden immer mehr privatisiert, Bürgerinnen und Bürger müssen für die Bildung ihrer Kinder immer stärker in die eigene Tasche greifen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist nicht kinderfreundlich. Das verstärkt den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Sie werden mir vielleicht entgegenhalten, dass es doch die Befreiung gibt. Dazu möchte ich aber ein Argument wiederholen, das mir wichtig ist; denn auch ich bin ein Kind von Eltern, die nicht mit großen Reichtümern gesegnet waren. Wer einmal im Jahr eine Befreiungserklärung abgeben muss, dem wird einmal im Jahr bescheinigt, dass er arm ist. Armut macht nicht selbstbewusster. Das Gefühl, arm zu sein, erschwert das Lernen.

Die Abschaffung der Lernmittelfreiheit ist ein Signal dafür, was der CSU die Bildung wert ist, nämlich nichts oder nur sehr wenig oder nur verbal etwas wert ist.

Büchergeld ist – deshalb kann ich Ihre Begeisterung verstehen – nichts weiter als das Stopfen der Löcher, die durch die staatlichen Kürzungen hervorgerufen wurden, mit privatem Geld, und es ist in der Tat ein verstecktes Schulgeld. Den Etat für die bayerischen Bücher bringen im Moment zu 90 % die Eltern auf.

Ich komme zu den Folgen für die Kommunen. Unsere Nürnberger Stadträtin hat mir im Jahr 2006 Folgendes mitgeteilt: An der Grundschule sind 4098 Kinder von 14 807 befreit. Das bedeutet einen Fehlbetrag von 81 960 Euro. Wenn ich jetzt die Erstattung in Höhe von 4 Euro gegenrechne, dann komme ich auf 59 228 Euro. Ich brauche keinen Bericht abzuwarten, um zu erkennen, dass das sofort korrigiert werden müsste, Herr Kollege Eisenreich.

(Beifall bei den GRÜNEN und der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

Ich komme zur Hauptschule. In Nürnberg – wohlgemerkt, die Zahlen sind aus dem Jahr 2006 – sind von 8510 Kindern 3218 befreit gewesen. Das heißt, Büchergeld in Höhe von 128 720 Euro müsste ersetzt werden. Die Erstattung durch die Staatsregierung ist um ein Vielfaches weniger. Das ist ein schlechtes Geschäft für die Kommunen, für Sie, Herr Minister, natürlich ein gutes.

Der Städetag hat im Januar 2007 noch einmal die Abschaffung des Büchergeldes verlangt. Ich zitiere aus einer Pressemitteilung: „Darüber hinaus zeigt sich immer

deutlicher, dass der ... Verwaltungsaufwand wesentlich höher ist als vom Kultusministerium geschätzt.“ Es gebe die Gefahr, dass ein erheblicher Teil der Einnahmen durch Verwaltungskosten aufgefressen werde. Die Pressemitteilung schließt mit den Worten: „Das ist ein klassisches Beispiel für unsinnige Bürokratie.“

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der Kultusminister hat in seiner zweiten Pressemitteilung im Jahr 2007 selbst eingeräumt, das Ziel, den Schulbuchbestand zu verbessern, sei noch nicht überall erreicht. Deshalb teile ich Ihre Ansicht nicht, dass das alles wahnsinnig gut gewesen sei. Sie haben bereits im Januar angekündigt, dass Sie die Ergebnisse einer Erhebung vorstellen werden. Darauf warten wir bis heute. Ich muss mich fragen, warum wir so lange darauf warten müssen. Ich lasse die Antwort auf die Frage offen. Sie, Herr Kultusminister, haben auch festgestellt, die Versorgung der Schulen mit Büchern stelle sich recht unterschiedlich dar. Für mich ist das Büchergeld kein Erfolg. Sie stellen weiterhin fest, nach wie vor würden von Eltern Klagen über eine unzureichende Ausstattung mit Schulbüchern erhoben. Die Schulbuchwelt ist also nicht in Ordnung.

Ich möchte noch auf eine rechtliche Frage aufmerksam machen, deren Klärung immer noch aussteht. Die Schulbuchverlage betrachten das Büchergeld als eine Art Mietverhältnis und haben angekündigt, dass sie eine Leihdauer von drei Jahren gestatten. Das Kultusministerium hat mir mitgeteilt, es teile diese Rechtsauffassung nicht. Was ist denn, Herr Minister, wenn die Schulbuchverlage nach drei Jahren auf ihrem rechtlichen Standpunkt bestehen und Sie den Rechtsstreit verlieren? Alles in allem ist das Büchergeld ein typisches Beispiel für die Planlosigkeit des Ministerpräsidenten Stoiber. Es war ein Schnellschuss aus der Hüfte genauso wie das G 8 und viele andere Ideen von Herrn Stoiber.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie hätten es vorher wissen können, aber der scheidende Ministerpräsident will mit dem Kopf durch die Wand.

Die Lernmittelfreiheit hatte einen Hintergrund und war für alle Familien das Signal, dass alle den gleichen Zugang zu Bildung bekommen sollen. Bildung, Herr Kollege Eisenreich, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, also eine staatliche Aufgabe, von der wir alle profitieren. Deshalb muss Bildung – das ist meine tiefste Überzeugung – vom Staat finanziert werden. Deshalb wäre es recht und billig, wenn wir das Büchergeld sofort abschaffen würden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ein Moratorium ist mir aber auch recht. Es gibt Gerüchte, dass die CSU eine Abschaffung plant. Wenn dem so ist, dann haben Ihnen einige Eltern einen neuen Schulbuchbestand finanziert. Dann müssten Sie darüber

nachdenken, wie Sie diesen Eltern das Geld wieder zurückgeben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Büchergeld ist ungerecht und undurchdacht. Deshalb lassen Sie uns das Büchergeld aussetzen! Lassen Sie uns das Büchergeld im nächsten Jahr am ersten Plenartag nach der Sommerpause wieder abschaffen. Unsere Unterstützung dazu bekommen Sie, Herr Kollege Herrmann. Nicht durchdachte Sachen sollte man zurückziehen, und man sollte zu seinen Fehlern stehen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Schneider um das Wort gebeten.

(Franz Maget (SPD): Ein Satz genügt, wenn er der richtige ist!)

Bitte schön.

Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf in Ergänzung zu dem, was Kollege Eisenreich gesagt hat, deutlich machen, dass das Gesetz vorsieht, nach drei Jahren die Höhe des Büchergeldes und den Verwaltungsaufwand zu überprüfen. Frau Kollegin Tolle, in der Tat ist der Bücherbestand noch nicht überall optimal bzw. so, wie wir uns das vorstellen. Das liegt aber daran, dass es viele Kommunen in den vergangenen Jahren versäumt haben, den Buchbestand zu sichern. Letztendlich ist es Aufgabe der Kommunen, für die Bücher in der Schule zu sorgen. Der Freistaat hat seinen Anteil dazu geleistet. Es ist immer Aufgabe des Sachaufwandsträgers, für den Buchbestand zu sorgen. Gerade die, die hier am lautesten schreien, sollen bei ihrer Kommune nachschauen, ob sie in den vergangenen 10, 15 Jahren das geleistet hat, was notwendig gewesen wäre.

Frau Kollegin Tolle, Sie zitieren Aussagen von Vertretern der Stadt Nürnberg. Wir sind das – ob es legitim ist, weiß ich nicht – gewohnt. Sie beziehen sich auf die Hauptschule. Wir wissen, dass es hier möglicherweise einen höheren Anteil von vom Büchergeld Befreiten gibt. Man rechnet aber nicht dagegen, dass deren Anteil bei anderen Schularten möglicherweise geringer ist. Ich kann mich erinnern, dass der zuständige Stadtrat der Stadt Nürnberg gesagt hat, ein warmer Geldregen sei über die Stadt gekommen und man könne die Bücherausstattung gewährleisten, die notwendig sei. In der Tat bedeutet das eine Entlastung für die Kommunen; denn bisher haben die Kommunen die Vorleistung erbracht, und der Freistaat hat dann aufgrund der Ausgaben der Kommunen einen Teil erstattet.

Das Gesetz wird nach drei Jahren überprüft. Wir sammeln derzeit die Rückmeldungen der Kommunen. Daraus ergibt sich in der Tat ein uneinheitliches Bild. Es gibt Kommunen, die bereits in den vergangenen Jahren eine

sehr gute Ausstattung gehabt haben und in denen Geld nicht nur für Schulbücher, sondern auch für schulbuchergänzende Software verwendet werden kann. Es gibt aber auch Kommunen, die weiterhin einen großen Bedarf sehen. In dem einen oder anderen Fall gibt es auch die Entscheidung, das Geld von einem Jahr auf das andere zu übertragen. Deshalb wurde auch der Zeitraum von drei Jahren gewählt. Den werden wir einhalten. Dann werde ich den abschließenden Bericht über die Rückmeldungen, was sowohl die Verwaltungskosten als auch die Höhe des Büchergeldes betrifft, hier im Haus vorlegen. Dann kann dieses Haus eine Gesetzesänderung beschließen. Der Bayerische Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, dass dieses Gesetz rechtmäßig und somit gültig ist. Deshalb muss dieses Gesetz umgesetzt werden, und das wird es auch.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Um das Wort hat Herr Kollege Maget gebeten. Bitte schön.

Franz Maget (SPD): Es ist schon ein bemerkenswerter zeitlicher Glücksfall, Herr Kultusminister, dass die dreijährige Phase der Überprüfung, die Sie für notwendig erachten – –

(Staatsminister Siegfried Schneider (Kultusministerium): Im Gesetz steht es!)

– Gar nichts steht fest. Sie könnten jederzeit unserem Antrag zustimmen, die Erhebung des Büchergeldes für das nächste Schuljahr auszusetzen.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Im Gesetz steht es!)

Es gibt überhaupt keine Begründung, das nicht zu tun. Es gibt keinen Sachzwang, im nächsten Jahr das Büchergeld zu erheben.

Sie sorgen damit für einen wahlpolitischen Glücksfall.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Wann endet denn – zufällig! – die dreijährige Überprüfungszeit? – Im September 2008!

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Sie tun dies aus wahlpolitischen Gründen. Sie wollen den Eltern dieses Wahlgeschenk erst im September 2008 machen, sonst könnten die Eltern das bis dahin ja wieder vergessen haben. Deshalb müssen die Eltern im nächsten Schuljahr noch einmal ordentlich Büchergeld berappen, obwohl es jetzt schon unsinnig ist. Sie wollen sich diesen Wahlschlager drei Wochen vor der Landtagswahl nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall bei der SPD)

Sie verarschen die Eltern in diesem Land aus wahlpolitischen Gründen.

(Zurufe von der CSU)

Genauso ist das. Die Eltern müssen am Beginn des nächsten Schuljahres noch einmal ein unsinniges Büchergeld bezahlen, damit Ihnen der Wahlschlager für September 2008 nicht abhanden kommt. Es ist armselig, wenn man sich aus politischen Gründen so verhält.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CSU)

Und das wegen 15 Millionen Euro im Staatshaushalt! Erst gestern haben Sie gesagt, jetzt käme die große blühende Zukunft in diesem Lande mit 1,5 Milliarden Euro zusätzlich, und der Rohstoff Geist sei das Wichtigste, das wir hätten.

(Zurufe von der CSU)

Es werde in die Bildung investiert und in die Hochschulen. Lauter solche Sprüche haben wir gestern hören müssen, aber im September kommt es schon wieder zum tristen grauen CSU-Altag in Bayern. Die Hand wird aufgehalten, und die Eltern sollen bezahlen.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Sie sollten sich für eine solche Haltung schämen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Zurufe von der SPD und von den GRÜNEN: Bravo! – Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/8667 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen.
– Das sind die Fraktion der SPD und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen?
– Keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Dringlichkeitsantrag der Abg. Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Öffentliche Information über meldepflichtige Ereignisse und Periodische Sicherheitsüberprüfungen in den bayerischen Atomkraftwerken (Drs. 15/8668)

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir fordern in unserem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 15/8668, der Ihnen vorliegt, eine andere Information über die Störfälle in Atomkraftwerken. Für uns war das, was jetzt für Brunsbüttel und

Krümmel beim Betreiber Vattenfall gefordert wird, Anlass, das Gleiche für die bayerischen Atomkraftwerksbetreiber Eon und REW zu fordern.

(Helmut Brunner (CSU): Sie wissen ganz genau, dass das in Bayern nicht passiert!)

Es reicht nicht, mit Bauernopfern, mit Rücktritten von Unter, Ober oder König, diese Misere in den Griff bekommen zu wollen. Nein, wir brauchen zweierlei. Wir brauchen eine andere Informationspolitik, und wir brauchen einen anderen Umgang mit störanfälligen Atomkraftwerken.

(Helmut Brunner (CSU): Sie reden wohl von Schleswig-Holstein!)

Zunächst musste Konzernsprecher Johannes Altmeppen das Amt aufgeben, dann der Chef der Atomsparte, Bruno Thomauske, und dann der Chef von Vattenfall Europe, Klaus Rauscher. Und letztendlich konnte sich Aufsichtsratschef Lars Josefsson bei Kanzlerin Merkel nur retten, indem er genau diese Informationspolitik gerügt und anderer eingefordert hat.

Ich darf ihn zitieren:

Ein Unternehmen, das es bei der technischen Feststellung belässt, dass eine Gefährdung zu keinem Zeitpunkt gegeben war, hat seine gesellschaftliche Verantwortung nicht ausreichend wahrgenommen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Helmut Brunner (CSU))

Lars Josefsson sagt weiter:

Wer hochtechnologische Anlagen wie Kernkraftwerke betreibt, muss sich neben der formalen Lizenz - für die die Aufsichtsbehörden zuständig sind - durch vertrauensbildenden Dialog immer wieder auch die Zustimmung der Öffentlichkeit erarbeiten. Wir stehen in einer ganz besonderen Verantwortung.

Und er fordert die Werte „Effektivität, Übernahme von Verantwortung“ - und vor allem „Offenheit“ ein. Genau hier sind wir beim Kernpunkt unseres Antrags. Wir fordern erstens ganz simpel, dass die Betreiber der fünf bayerischen Atomkraftwerke Eon und RWE dieser Pflicht nachkommen und die Öffentlichkeit aktuell und umfassend über meldepflichtige Ereignisse in den bayerischen Atomkraftwerken informieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweitens fordern wir, dass diese Meldungen der Betreiber unverzüglich als Dokumente ins Internetangebot des bayerischen Umweltministeriums eingestellt werden. Und drittens fordern wir, dass sämtliche Unterlagen der verpflichtenden Periodischen Sicherheitsüberprüfungen ebenfalls veröffentlicht werden.

Warum uns diese Informationspolitik neben all den anderen Kritikpunkten, die wir haben, so wichtig ist, möchte ich Ihnen kurz anhand der Pannenserien in Schleswig-Holstein darstellen. Wie Sie wissen, mussten am 28.06.2007 gleich zwei Atomkraftwerke nach Zwischenfällen heruntergefahren werden. Um 13.10 Uhr gab es in Brunsbüttel einen Kurzschluss im Umspannwerk, und nur zwei Stunden später gab es ein Feuer auf dem Gelände des AKW Krümmel.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin – Henning Kaul (CSU): Beide liegen in Schleswig-Holstein!)

–Sie machen es sich zu einfach, wenn Sie jetzt sagen, dies läge in der Zuständigkeit der Atomaufsicht Schleswig-Holsteins.

(Helmut Brunner (CSU): Sie machen es sich zu einfach! Reden Sie doch über Bayern! Da sind die AKWs sicher!)

Wissen Sie nicht, dass Eon an diesen beiden Atomkraftwerken Brunsbüttel und Krümmel beteiligt ist?

(Beifall bei den GRÜNEN – Margarete Bause (GRÜNE): Genau!)

Ist Ihnen das nicht bekannt? Und genau zu diesen Zwischenfällen in diesen Atomkraftwerken heißt es beispielsweise am 29.06.2007 in einer Mitteilung von Vattenfall: „Die Sicherheitssysteme haben wie vorgesehen funktioniert.“ – Dabei war zu diesem Zeitpunkt schon klar, dass es durch die Schnellabschaltung nach dem Brand auch Auswirkungen auf den Reaktorbereich Krümmels gab. Das ist doch eine unglaubliche Informationspolitik für die Öffentlichkeit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Später, am 30.06.2007, wird weiter erklärt, die Störungen, bezogen auf Brunsbüttel und Krümmel, „standen nicht mit dem Nuklearbereich der Anlagen in Verbindung“. Aber kurze Zeit später wissen wir bereits, dass dem nicht so war. Das Ganze geht dann noch weiter. Beim Trafobrand in Krümmel ist Rauchgas in die Leitwarte des Kernkraftwerkes eingedrungen. Ein Mitarbeiter musste eine Gasmaske aufsetzen. Und beim Wiederanfahren in Brunsbüttel kam es zu zwei neuerlichen Störungen. In den Rohren von Brunsbüttel entsteht zunehmend Wasserstoff, und wir wissen, dass im Jahr 2001 in Brunsbüttel eine Wasserstoffexplosion stattgefunden hat.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Schrottreaktor!)

Es reicht nicht, nur Personen auszutauschen, sondern wir müssen uns die Sicherheitsstrukturen generell anschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Verwiesen sei dabei noch auf Folgendes: Vor genau einem Jahr, am 25.07.2006, gab es ähnliche Störfälle auch im AKW-Block Forsmark I in Schweden, und am

größten schwedischen Atomkraftwerk Ringhals gab es im November 2006 einen explosionsartigen Brand an einem der Haupttransformatoren. Auch dieses Kraftwerk wird von Vattenfall und Eon betrieben. Nehmen Sie das endlich zur Kenntnis.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 baugleich ist mit dem störanfälligen Billigreaktor von Brunsbüttel. Das ist die Baulinie 69: Siedewasserreaktoren Brunsbüttel, Philippsburg und Isar 1 mit einem hohen technischen Sicherheitsrisiko, ansatzweise auch das AKW Krümmel, das später in Betrieb gegangen ist. Diese Billigreaktoren von Siemens sind ganz vorne auf der Störfallliste,

(Beifall bei den GRÜNEN)

beispielsweise im Jahr 2006 Isar 1 an siebter Stelle der Störfälle nach Krümmel, Biblis B, Brunsbüttel, Biblis A, Unterweser, Brokdorf, kurz darauf gefolgt von Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und Gundremmingen C auf den Plätzen neun, zehn und elf der deutschen Atomkraftwerke. Sagen Sie nicht, Bayern wäre von diesem Gefährdungsrisiko nicht betroffen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Diese Baulinie und drei weitere Atomkraftwerke sind besonders gefährlich. Ich habe die Siedewasserreaktoren Brunsbüttel, Philippsburg, Isar 1 und Krümmel genannt. Dazu kommen Biblis A, Biblis B und Neckarwestheim, die besonders gefährdet sind, was die Wandstärke und die Sicherheit gegen Abstürze von Flugzeugen betrifft. All diese sieben Atomkraftwerke weisen eine Bauweise auf, die eben keine Sicherheit gegen den Absturz von militärischen Maschinen bietet, wie sie derzeit im Einsatz sind, geschweige denn gegen den Absturz von Passagiermaschinen, zum Beispiel vom Münchner Großflughafen aus. Wie wir aus einer Anfrage wissen, wird Isar 1 mehr als 120-mal pro Tag im Abstand von einem Kilometer vom Großflughafen München aus umflogen, im Abstand von einem Kilometer circa 130-mal pro Tag.

Isar 1 ist nicht sicher, was die Wandstärke und die technische Bauausführung betrifft.

(Ludwig Wörner (SPD): Dafür haben Sie eine Neubewurfanlage!)

Ich habe es gesagt: Isar 1 stammt aus derselben Baureihe wie Brunsbüttel. Ich kann Ihnen sagen: Es gab bereits jede Menge Zwischenfälle, zum Beispiel kam es im März 2006 beim Abfahren von Isar 1 zu einer ungeplanten Reaktorschnellabschaltung und zum Ausfall der Hauptkühlung über 3,5 Stunden. Im April 2006 werden im Atomkraftwerk Isar 1 im Bereich des Wasserstoffabbausystems Risse an Schweißnähten entdeckt. Genau das ist es, was uns sagt: Wir müssen mit

diesem Atomkraftwerk mit ganz besonderer Sorgfalt umgehen, und das bedeutet für uns: Abschaltung von Isar 1.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im baugleichen Reaktor Brunsbüttel kam es im Jahr 2001 zu einer Wasserstoffexplosion im Reaktordruckbehälter. Drei Monate hat man versucht, das zu verschweigen und hat sogar das AKW in Betrieb gelassen – im baugleichen Reaktor wie Isar 1. Isar 1 weist ebenfalls Zwischenfälle und meldepflichtige Ereignisse am Reaktor im Wasserstoffabbausystem auf. Das sollte Sie nicht sorglos lassen.

Wir hatten im Jahr 2006 von bundesweit 126 Zwischenfällen 30 in Bayern, im Jahr 2007 bereits 16 in Bayern, FRM eingeschlossen, insgesamt in den Jahren 2002 bis 2006 in Bayern 132 Zwischenfälle.

Aus diesem Grund fordern wir heute ganz bescheiden und zurückhaltend, uns aber unserer Verantwortung bewusst, eine andere Informationspolitik bezüglich der bayerischen AKWs.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wissen: Im Februar dieses Jahres wurde ein Zwischenfall der Meldekategorie „Eilt“ im AKW Isar 1 erst knapp eine Woche später in einer Pressemitteilung veröffentlicht. Vier meldepflichtige Ereignisse in Grafenrheinfeld im April 2007 wurden von Eon erst Anfang Mai in einer Sammelpressemitteilung veröffentlicht. Das ist eine fatale Informationspolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jeder, auch Wirtschaftsminister Huber, der sich in dieser Sache berufen fühlt, handelt grob fahrlässig, wenn er behauptet: Das ist in Schleswig-Holstein, das kommt bei uns nicht vor. Diese Beispiele einer mangelhaften, ausgesprochen unverantwortlichen Informationspolitik stammen aus Bayern.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Menschenverachtend ist das!)

Lassen Sie mich noch zu einem ganz wesentlichen Punkt kommen. Nach Atomgesetz hat alle zehn Jahre eine periodische Sicherheitsüberprüfung der Atomkraftwerke stattzufinden. In Brunsbüttel war diese beispielsweise bis zum 30. Juni 2001 vorgeschrieben. Jetzt, sechs Jahre später, ist diese Mängelliste noch nicht abgearbeitet. Sie haben vielleicht mitverfolgt, dass gestern die Deutsche Umwelthilfe genau darauf hingewiesen hat. Mängel der Kategorie K 2 sind Nachweisdefizite, die kurzfristig zu beseitigen sind. Von dieser Mängelliste, insgesamt 172, wurden gerade mal 7 abgearbeitet, und 165 sind nach sechs Jahren noch offen, Mängel, die eigentlich kurzfristig zu beseitigen sind, Nachweisdefizite K 2.

Für das Atomkraftwerk Isar 1 in Bayern war diese periodische Sicherheitsüberprüfung bis Ende 2004 durchzu-

führen. Bis heute sind keinerlei Informationen über die Ergebnisse dieser periodischen Sicherheitsüberprüfung an die Öffentlichkeit gegeben worden.

Darum dringend, ganz dringend unsere Forderung: Sämtliche Unterlagen der periodischen Sicherheitsüberprüfung für das AKW Isar 1, die zum 31.12.2004 fällig war, sind zu veröffentlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn die bayerischen Atomkraftwerke so sicher sind, wie Sie immer behaupten, dann scheuen Sie sich doch nicht, diese Informationen der Sicherheitsüberprüfung an die Öffentlichkeit zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Genau!)

Dann handeln Sie, und handeln Sie heute und stimmen unserem Antrag zu. Wir werden über diesen Antrag na-mentlich abstimmen lassen.

(Henning Kaul (CSU): Schön!)

In Brunsbüttel, dem baugleichen Reaktor, lagen genau 165 Nachweismängel der Stufe K 2 vor – Bruchsicherheitsnachweis im Rohrsystem nicht bewältigt, Werkstoffprobleme, Mängel in der Elektro- und Leittechnik, Verwundbarkeit gegen Terroranschläge –, die kurzfristig zu beseitigen sind. Legen Sie alle Daten über die Ergebnisse der Sicherheitsüberprüfung für das bayerische Atomkraftwerk Isar 1 der Öffentlichkeit vor. Es reicht nicht, Personen auszutauschen. Die alten Probleme bleiben, insbesondere die Sicherheitsprobleme.

Atomkraftwerke sind keine Pommesbuden, das sollten Sie wissen.

(Christian Meißenner (CSU): Das ist ein toller Satz!)

Die Bürger haben ein Recht auf umfassende Information.

(Christian Meißenner (CSU): Purer Populismus!)

– Gefragt sind nicht populistische Äußerungen

(Henning Kaul (CSU): Was sind sie denn sonst?)

von Ihrer Seite,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sondern Sie müssen Ihrer Verantwortung gerecht werden.

(Henning Kaul (CSU): Was war denn das anderes als eine populistische Äußerung?)

Es gibt in der Sicherheit erhebliche Niveauunterschiede. Glauben Sie etwa, ein alter Fiat 500 ist genauso sicher wie ein neuer Mercedes?

(Christian Meißenner (CSU): Und Sie reden über Populismus!)

All diese alten Reaktoren, die ich heute genannt habe einschließlich Isar I, würden heute keine Betriebsgenehmigung mehr in Deutschland erhalten. Nehmen Sie dies zur Kenntnis und tun Sie den ersten Schritt, machen Sie eine umfassende Informationspolitik gegenüber der Öffentlichkeit.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist das Wichtigste!)

Ziehen Sie dann die Konsequenzen in verantwortlicher Weise; denn das Risiko Atomenergie ist nicht beherrschbar.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißenner.

Christian Meißenner (CSU): Frau Präsidentin, Hohes Haus! Auf Regen folgt Sonnenschein, sagt der Chines. Dass nach den Meldungen aus Krümmel und Brunsbüttel ein Dringlichkeitsantrag der Kollegin Paulig folgen würde, ist genauso klar wie die Tatsache, dass auf Regen Sonnenschein folgt. Das Allerschönste möchte ich aber gleich an den Anfang stellen. Wenn Sie uns Populismus vorwerfen, gleichzeitig aber eine kerntechnische Anlage mit einer Imbissbude vergleichen, frage ich Sie, ob wir noch in der richtigen Veranstaltung sind. In einem viel zu vielminütigen Beitrag haben Sie eine Platte an die andere gereiht.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Sagen Sie doch etwas zum Thema!)

Sie haben dabei niemals unterschieden zwischen dem, was in Schleswig-Holstein im Hinblick auf die Informationspolitik bedauerlicherweise passiert ist, und dem, was in Bayern Realität ist. Im Gegenteil, Sie haben alles zu einer übeln Brühe zusammengerührt, die Sie in der Öffentlichkeit ausschütten wollen, um die Menschen zu versichern. Das ist auch Sinn und Zweck Ihres Antrags, das hat aber nichts mit politischer Verantwortung zu tun. Es ist einfach nur niederer Instinkt und übler Populismus.

(Beifall bei der CSU – Susann Biedefeld (SPD): Wir werden mal schauen, ob Sie noch etwas Sachliches und Fachliches sagen können!)

Grundsätzlich ist es nicht falsch, immer wieder über Sicherheitskultur zu sprechen. Ich kritisiere lediglich die Art und Weise, wie Sie es tun. Es ist nicht falsch, sich immer wieder bewusst zu machen, dass jede kerntechnische Anlage höchste Aufmerksamkeit verdient, bei der die Öffentlichkeit auch einen Anspruch auf größtmögliche

Offenheit und ständige und aktuelle Information hat. Das ist gar keine Frage.

(Susann Biedefeld (SPD): Und Sie reden von Plattitüden!)

Sie mussten aber zunächst eine Geschichte, die sich in Schleswig-Holstein ereignet hat, nach Bayern übertragen. Schauen wir doch einmal nach Krümmel. Über das, was die Firma Vattenfall gemacht hat, brauchen wir uns nicht lange zu unterhalten. Einigen Verantwortlichen hat das auch ihre Tätigkeit gekostet. Sie sind dafür zur Verantwortung gezogen worden. Das zeigt, dass es sich die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Bayern nicht gefallen lässt, wenn über meldepflichtige Ereignisse nur Halbwahrheiten oder überhaupt keine Wahrheiten verbreitet werden.

(Susann Biedefeld (SPD): Deswegen werden die Kernkraftwerke aber nicht sicherer!)

Wir alle haben verfolgt, wie von einer Firma, die kerntechnische Anlagen betreibt, Vertrauen verspielt worden ist. Das war falsch, und es ist Vertrauen verloren gegangen.

Dass Sie sich als GRÜNE auf das Thema stürzen, kann ich gut verstehen. Dass Sie daraus Honig saugen, ist Ihre Art.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist eine Bringenschuld!)

Ich bin jetzt gespannt darauf, wie die SPD über diesen Dringlichkeitsantrag debattieren wird. Eines nehme ich aber vorweg: Sozialministerin Trauernicht in Schleswig-Holstein gehört der SPD an. Wäre ein solcher Vorfall auch nur ansatzweise in Bayern passiert, würden Sie den Kopf des Ministers auf einem Silbertablett verlangen. Deshalb bin ich gespannt, wie Sie sich zu dieser Geschichte äußern.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Verlangen Sie doch bloß die Sicherheitsberichte! Seit vier Jahren ist nichts vorgelegt worden!)

– Ich halte es für sinnvoller, zu den Anlagen in Bayern zu sprechen. Auf die periodische Sicherheitsüberprüfung komme ich noch zu sprechen. Frau Paulig hat sich auch eine halbe Stunde Zeit gelassen, bis sie dazu etwas erwähnt hat.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Wir hatten leider nur zehn Minuten!)

– Doch, sie hat es erst am Schluss erwähnt.

Wir haben in Bayern schon lange erkannt, dass wir bei den Kernkraftwerken eine offene Informationspolitik brauchen. Über die Debatten der letzten Jahre im Umweltausschuss kann sich auch niemand beschweren. Wir haben erkannt, dass diese Technologie in der Öffentlichkeit nur dann Akzeptanz findet, wenn offen darüber berichtet wird. Ich möchte den Eindruck, den meine Vorrednerin zu

erwecken versucht hat, nicht im Raum stehen lassen. In Bayern wird über meldepflichtige Ereignisse rechtzeitig informiert. Die Berichte werden auch ins Internet gestellt. Sie tun mit Ihrem Antrag so, als hätten wir das noch nie gemacht. Sie können die Berichte jederzeit auf der Internetseite unseres Ministeriums nachlesen.

(Zuruf von den GRÜNEN: Dann stellen Sie es doch ins Internet ein!)

Ich sage bewusst, dass die Information rechtzeitig, nach Überprüfung der Meldung durch die Atomaufsichtsbehörde erfolgt. Diese Behörde heißt Atomaufsichtsbehörde. Wir können doch eine Meldung, die der Betreiber weitergibt, nicht ungeprüft ins Netz stellen. Ich würde mich auch bei der bayerischen Atomaufsicht beschweren, wenn die alles ungeprüft und unbesehen ins Internet stellen würde. Es ist eine Aufgabe der Aufsichtsbehörde, die Meldungen zu überprüfen. Sie von den GRÜNEN leiten aber aus den Ängsten, die Sie mit solchen Anträgen schüren, Ihre Legitimation ab. Deshalb habe ich von Ihnen, wie eingangs schon erwähnt, auch nichts anderes erwartet.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist aber nicht unberechtigt!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Meißenber, lassen Sie eine Zwischenfrage von Frau Kollegin Kamm zu?

Christian Meißenber (CSU): Freilich!

Christine Kamm (GRÜNE) (von der Rednerin nicht autorisiert): Ich wollte Sie fragen, ob Sie es als rechtzeitig empfinden, wenn wir Bürger in Bayern von Zwischenfällen beispielsweise im Atomkraftwerk Gundremmingen erst drei oder vier Tage später und regelmäßig meistens erst freitagabends ab 17 Uhr informiert werden? Empfinden Sie das als rechtzeitig? Ich nenne als Beispiel nur die beiden letzten Hüllrohrdefekte an den Brennelementen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Meißenber.

Christian Meißenber (CSU): Wenn die Atomaufsicht das bei einer äußerst sensiblen Anlage gründlich prüft, habe ich damit kein Problem. Mein Lebensziel ist es aber nicht, dass ich es fünf Minuten später erfahre. Ich möchte, dass die Atomaufsicht dem Vorfall sofort nachgeht und ihn prüft. Wenn dann zwei oder drei Tage ins Land gehen, habe ich persönlich damit kein Problem, um Ihre Frage gleich zu beantworten.

(Wortmeldung der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

– Diese Frage lasse ich jetzt nicht mehr zu.

Ich glaube, dass der Umfang der Informationen, die in Bayern gegeben werden, dem Anlass entspricht. In Bayern gab es schon seit längerer Zeit nur Ereignisse

von keiner oder nur geringer sicherheitstechnischer Bedeutung.

(Ludwig Wörner (SPD): Und wurden die gemeldet?)

Die Behörde muss Daten prüfen, bevor sie informieren kann.

Ich komme jetzt zur periodischen --

(Zurufe von den GRÜNEN)

– Wenn Sie dauernd schreien, kann ich nichts zur periodischen Sicherheitsüberprüfung sagen. Das mache ich nämlich jetzt.

Die periodische Sicherheitsüberprüfung ist durchgeführt worden. Vom Betreiber der kerntechnischen Anlage – hier geht es um Isar 1, das Lieblingskernkraftwerk von Frau Kollegin Paulig – werden umfangreiche Berichte über die meldepflichtigen Ereignisse zunächst an die Aufsichtsbehörde weitergeleitet. Ich plaudere jetzt keine Staatsgeheimnisse aus. Rufen Sie doch im Ministerium an und fragen Sie, ob die periodische Überprüfung bzw. der Bericht darüber schon fertig ist, bevor Sie solche Anträge schreiben. Wenn es Ihnen um die Sache ginge, würden Sie sich dafür Zeit nehmen. Dann würden Sie auch erfahren, dass der Betreiber im Fall von Isar 1 über 30 Leitzordner der Atomaufsichtsbehörde vorgelegt hat. Damit überhaupt kein Verdacht aufkommt, dass etwas schieflaufen könnte und nicht ernst genommen würde, hat das Umweltministerium als Aufsichtsbehörde den TÜV mit der Überprüfung dieser Unterlagen – ich sage noch einmal: 30 Leitzordner – beauftragt. Natürlich wirkt das Umweltministerium daran auch mit.

Dabei handelt es sich um keine oberflächliche Überprüfung; denn das würden Sie als Erstes kritisieren. Wir hätten dann stundenlang im Ausschuss oder im Plenum darüber zu debattieren, dass etwas schlampig gemacht wurde. Es handelt sich um eine intensive und umfassende Prüfung. Zu Ihrer Forderung nach totaler Offenheit muss ich allerdings sagen, dass sich in den zu überprüfenden Unterlagen auch Informationen über den Schutz vor terroristischen Anschlägen befinden. Mich würde interessieren, ob Sie der Meinung sind, dass man das auch ohne Weiteres der Öffentlichkeit zugänglich machen sollte.

(Beifall bei der CSU)

Die Prüfung insgesamt ist noch nicht abgeschlossen.

(Susann Biedefeld (SPD): Sie vernebeln bloß!)

Sicherlich kann der Staatssekretär Näheres dazu sagen, wann uns die Ergebnisse vorliegen werden.

Am Ende sage ich nur: Die Vorfälle in Krümmel und in Brunsbüttel waren für Sie, Frau Kollegin Paulig,

und für die GRÜNEN insgesamt ein gefundenes Fressen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Die haben das doch extra gemacht!)

Ich bin nicht der Einzige, der eine solche Meinung hat. In der „FAZ“ vom 14. Juli 2007 ist zu lesen – ich zitiere:

Für Umweltminister Gabriel und die schleswig-holsteinische Sozialministerin Trauernicht war das

– also diese Vorfälle –

ein gefundenes Fressen, um die Energiedebatte in ihre Richtung zu lenken.

Deswegen sage ich Ihnen: Es ist ein untauglicher Versuch, wenn Sie in einer ernsthaften Debatte über die Restlaufzeiten mit einem schnell zusammengeschusterten Antrag und mit populistischen Mitteln versuchen, Stimmung zu machen. Sie werden uns von der CSU erstens nicht davon abhalten, weiterhin höchste Sicherheitskultur und Überwachung einzufordern. Sie werden uns zweitens auch nicht davon abhalten, dass wir im Sinne des Klimaschutzes in aller gebotenen Ruhe und mit allem gebotenen Ernst über die Restlaufzeiten und den Wert der Kernenergie für eine sichere Energieversorgung reden. Das schaffen Sie heute nicht, morgen nicht und mit Ihrem Antrag schon gar nicht.

(Beifall bei der CSU – Henning Kaul (CSU): Das war deutlich!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ich darf noch einmal daran erinnern, dass von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt wurde. Es wurde im Haus bereits durchgegeben, sodass wir unmittelbar nach den Antragsberatungen in die namentliche Abstimmung eintreten können.

Eine Zwischenintervention: Frau Kollegin Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Herr Kollege Meißen, einige Punkte zu Ihren Ausführungen: Sie haben zuletzt behauptet, dass dies eine politische Kampagne sei. Dazu zitiere ich den Aufsichtsratsvorsitzenden Josefsson. Er sagte, man würde es sich zu leicht machen, wenn man die in Deutschland verbreitete Skepsis gegen Kernenergie so umdeuten wollte, als wäre dies eine Kampagne gegen die Kernkraft im Allgemeinen und Vattenfall Europe im Besonderen. Er sagt ganz klar: „Das ist in meinen Augen nicht der Fall.“

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nun zu den Zwischenfällen oder Störfällen, die verzögert gemeldet wurden: Nach der Störfallmeldeverordnung sind Ereignisse, beispielsweise der Kategorie „Eilt“, spätestens innerhalb eines Tages zu melden. Beim Kraftwerk Isar 1 gab es im Februar dieses Jahres einen Defekt, der

erst knapp eine Woche später in einer Pressemitteilung veröffentlicht wurde.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Das ist Informationspolitik!)

Das ist Informationspolitik à la Bayern.

Ich sage es noch einmal: Vier meldepflichtige Ereignisse in Grafenrheinfeld im April 2007 wurden erst Anfang Mai in einer Sammelpressemittelung bekannt gegeben. Nach der Störfallmeldeverordnung wäre hier ein Zeitrahmen von fünf Tagen vorgeschrieben.

Zur periodischen Sicherheitsüberprüfung: Diese ist im Atomgesetz in § 19 a Absatz 1 geregelt. Die Termine sind in Anlage 4 aufgeführt. Frau Merkel hat selbst gesagt, dass eine periodische Sicherheitsüberprüfung innerhalb von zwei Jahren abgeschlossen sein sollte. Im Kraftwerk Isar 1 wäre diese Überprüfung bis zum Ende des Jahres 2004 durchzuführen gewesen. Bis heute – ungeteilt der vorliegenden Aktenordner – wurde nichts veröffentlicht. Hier gibt es erhebliche Defizite. Wenn Sie ein bisschen Mut, Kraft und Verantwortungsbewusstsein für die Bevölkerung in Bayern aufbringen, dann fordern Sie heute die Vorlage dieser periodischen Sicherheitsüberprüfung für das Kraftwerk Isar 1.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das ist das Mindeste, wozu Sie sich durchringen sollten. Das ist nach dem Atomgesetz so vorgeschrieben. In Bayern wird jedoch weiter verzögert.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Meißner, wollen Sie darauf antworten?

(Christian Meißner (CSU): Nein, wirklich nicht!)

Ich darf in Erinnerung rufen, dass für Zwischeninterventionen nur zwei Minuten zur Verfügung stehen. Achten Sie bitte auf die Zeit. Ich wollte Sie jedoch nicht unterbrechen. Jetzt darf ich Herrn Kollegen Dr. Magerl das Wort erteilen.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Das war ein Fehler meinerseits. Frau Kollegin Biedefeld, Sie haben das Wort.

Susann Biedefeld (SPD): Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Das Märchen der Atomlobby und das Märchen der CSU von angeblich zu 100 % sicheren deutschen Atommeilern hat ein jähes Ende gefunden.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN – Henning Kaul (CSU): Wo steht das? Würden Sie mir die Fundstelle zukommen lassen, Frau Kollegin?)

– Das ist so. Sie müssen nur den Menschen draußen zu hören. Es wird sicherlich Umfragen geben, wie die Bevöl-

kerung jetzt zur Atomkraft und zu Ihrer Atompolitik steht. Die Atomkraft ist und bleibt eine Risikotechnologie. Das durften wir in den letzten Tagen einmal mehr eindrucksvoll erfahren. Herr Kollege Kaul, Sie haben sicherlich mitbekommen, was in den letzten Tagen abgelaufen und durch die Medien gegangen ist und wie die Menschen darauf reagieren.

Die Verantwortlichen von Vattenfall haben vertuscht, verzögert und die Wahrheit nur scheibchenweise an die Öffentlichkeit gelassen. Nur aufgrund des Drucks der Öffentlichkeit kamen immer mehr Informationen ans Licht. Ansonsten wurde jedoch vertuscht und verzögert. So schafft man kein Vertrauen bei den Menschen. Das ist keine Informationspolitik, und das ist schon gar keine Vertrauensarbeit für die Atomenergie oder für die Atompolitik.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Meißner?

Susann Biedefeld (SPD): Später. Herr Kollege Meißner, Sie können auch eine Zwischenintervention machen.

Die Atomlobby hat sich selbst einen Bären Dienst erwiesen. Die Atomlobby ist jetzt selbst den Beweis dafür angetreten, dass es nicht stimmt, dass wir absolut sichere Atomkraftwerke hätten. Was sich jetzt bei den Reaktoren Krümmel und Brunsbüttel abspielt, wirft ein verheerendes Licht auf die deutsche und die bayerische Atomkraft.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Unzuverlässigkeit und mangelnde Transparenz stehen im krassen Widerspruch zu der notwendigen hohen Sensibilität, die der Umgang mit dieser Hochrisikotechnologie Atomkraft zwingend erfordert. Ich wiederhole es noch einmal: Das Märchen von angeblich sicheren deutschen Atommeilern hat ein jähes Ende gefunden. Die Reaktorbetreiber haben sich selbst disqualifiziert.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Immer wieder wurde und wird betont, die deutschen Atommeiler – speziell die bayerischen – seien die sichersten auf der Welt überhaupt. Störfälle – so etwas gäbe es nur in Osteuropa, Schweden oder sonst wo auf der Welt, aber nicht in Deutschland und schon gar nicht in Bayern. Wir haben erst kürzlich – zum Tschernobyl-Tag – von der CSU-Staatsregierung und von der CSU-Fraktion gehört, dass es gerade in Bayern die sichersten Atomkraftwerke gäbe. Das haben Sie laut herausposaunt. Ich sage es an dieser Stelle zum wiederholten Male: Werte Kolleginnen und Kollegen, täuschen Sie die Menschen nicht länger, täuschen Sie keine Sicherheit vor, die es nicht gibt und die Sie nicht gewährleisten können!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Die Gefahr ist immer da; denn egal wie gut AKWs gebaut sind, bei der Nukleartechnologie kann es nie eine hundertprozentige Sicherheit geben.

(Engelbert Kupka (CSU): Aber bei den Kohlekraftwerken haben wir sie!)

Das wird von vielen Wissenschaftlern immer wieder erklärt. Kürzlich hat der Quantenphysiker und Schriftsteller Ralf Bönt in der „Süddeutschen Zeitung“ gesagt: „Die Gefahr ist immer da; denn egal wie gut AKWs gebaut sind, bei der Nukleartechnik kann es nie Sicherheit geben.“

(Henning Kaul (CSU): Das ist das Problem der Technik-Nutzung allgemein, Frau Kollegin!)

– Herr Kollege Kaul, im Gegensatz zu Ihnen verfügt dieser Quantenphysiker über einen hohen Fachverstand und Sachverstand.

(Henning Kaul (CSU): Frau Kollegin, wenn es danach ginge, dürften Sie nicht ans Mikrofon gehen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Atomkraft lässt sich nicht zu 100 % beherrschen. Deshalb ist es umso wichtiger, den Atomausstieg so rasch wie möglich zu vollziehen und einen vernünftigen Energiemix mit einem verstärkten Anteil erneuerbarer Energien zu forcieren. Hier liegt die Zukunft, nicht nur ökonomisch, sondern auch ökologisch. Hier liegt die Zukunft, was die Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze betrifft. Hier liegt die Zukunft für Bayern.

(Beifall bei der SPD)

Für das Land Bayern muss endlich das Begleitprogramm für den Atomausstieg erstellt werden. Wir haben einen eigenen Antrag eingebracht, der auf Zielvorgaben für die Klimareduzierung abzielt und mit dem der Ausbau erneuerbarer Energien gefordert wird. Dieser Antrag mit dem Titel „Energie Bayern 2020“ wurde noch nicht behandelt. Es werden weitere parlamentarische Initiativen der SPD folgen. Wir werden nicht nachlassen, von Ihnen ein Gesamtkonzept für den Ausstieg aus der Atomenergie und damit einen Einstieg in die Zukunft und die damit verbundene Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen sowie für den Schutz der Bürgerinnen und Bürger zu fordern.

(Beifall bei der SPD)

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland und in Bayern haben ein Recht darauf, zu erfahren, welchen Risiken sie ausgesetzt sind. Deshalb müssen meldepflichtige Ereignisse für die Öffentlichkeit zugänglich sein. Herr Kollege Meißner, der Begriff „zeitnah“ reicht hier nicht aus. Hier gibt es klare gesetzliche Vorgaben, an die sich die CSU-Staatsregierung nicht hält. Meldepflichtige Ereignisse müssen der Öffentlichkeit mit klaren Zeitvorgaben zugänglich gemacht werden. Das ist Ihr Auftrag. Das ist der Auftrag der CSU-Staatsregierung. Diesem Auftrag werden Sie nicht gerecht. Diese Hausaufgaben haben

Sie nicht gemacht. Die Staatsregierung kann jetzt zeigen, ob sie näher am Menschen oder näher an der Atomlobby ist.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Sorgen Sie endlich dafür, dass Eon, Vattenfall und RWE die interessierte bayerische Öffentlichkeit über meldepflichtige Ereignisse informieren. Sie sind dazu gesetzlich verpflichtet.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage des Herrn Kollegen Meißner?

Susann Biedefeld (SPD): Ich habe gesagt, Herr Kollege Meißner kann eine Zwischenintervention machen.

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Kollege Meißner, Frau Kollegin Biedefeld empfiehlt Ihnen, eine Zwischenbemerkung zu machen und keine Zwischenfrage zu stellen. Das müssen Sie selbst beurteilen.

Susann Biedefeld (SPD): Wir wollen diese Information auf der Homepage des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz.

Da gehören diese Informationen auch hin, und zwar entsprechend den gesetzlichen zeitlichen Vorgaben, nämlich aktuell.

Bei Vattenfall wurden jetzt Köpfe ausgetauscht. Es ist okay, dass die Menschen, die an der Spitze stehen und für diesen Bereich zuständig sind und Verantwortung tragen, gehen müssen. Das ist richtig. Kolleginnen und Kollegen, deshalb werden aber die Kernkraftwerke nicht sicherer. Allein Köpfe auszutauschen reicht nicht aus.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es um Informationspolitik und darum geht, den Bürgerinnen und Bürgern ausreichende und aktuelle Informationen zu geben, und wenn Personen gehen müssen, dann hätten schon viele im bayerischen Umweltministerium gehen müssen, weil die Information nie aktuell erfolgt ist.

(Beifall bei der SPD)

Das Bayerische Umweltministerium wäre schon halb leer, wenn diejenigen, die Verantwortung tragen, auch zur Rechenschaft gezogen würden.

Daher gehe ich mit der Auffassung unseres Umweltministers Sigmar Gabriel konform – ich nenne das Stichwort Restlaufzeiten –, der die älteren und unsicheren Atomreaktoren rascher vom Netz nehmen und dafür die jüngeren Anlagen länger laufen lassen will. Es kann und darf nicht sein, dass wieder ausschließlich der wirtschaftliche Aspekt der Abschreibung gesehen wird.

Wenn ein Kernkraftwerk abgeschrieben ist, ist es eine reine Gelddruckmaschine;

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

lassen wir es möglichst lange weiterlaufen, egal wie unsicher der Reaktor ist. Das kann nicht sein. Der Schutz der Bevölkerung muss vor den wirtschaftlichen Interessen der Atomenergiebetreiber stehen.

(Beifall bei der SPD – Christian Meißen (CSU): Dann soll Herr Gabriel in die SPD-Atomaufsicht in Schleswig-Holstein eingreifen!)

Auch ist es ein richtiger Schritt, Kollege Meißen, dass die Bundesregierung die internationale Atomenergieorganisation eingeladen hat, damit diese im Jahre 2008 in Deutschland eine Überprüfung der Atomaufsicht von Bund und Ländern durchführen kann. Die Prüfverfahren sollen dabei im Bundesumweltministerium und im Umweltministerium von Baden-Württemberg durchgeführt werden. Richtig wäre, wenn sich auch das Bayerische Umweltministerium an diesem Prozess beteiligen würde, um zu sehen, wie die Behörden in Bayern ihre Aufgaben der Aufsicht über die Sicherheit der Atomkraftwerke wahrnehmen.

Auch in Bayern – Kollegin Paulig hat bereits darauf hingewiesen – sind in der Vergangenheit meldepflichtige Ereignisse oftmals sehr spät an die Öffentlichkeit gelangt. Wir brauchen ein Höchstmaß an Transparenz im Bereich der Atomkraft. Das gilt für alle bayerischen Atomkraftwerke, und das betrifft auch die Information über die Ergebnisse der Sicherheitsprüfungen nicht nur von Isar 1, die zum 31. Dezember 2004 anstanden, sondern von allen fünf bayerischen Atomkraftwerken.

Wir stimmen dem Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu und fordern noch einmal eine ganz klare Informationspolitik gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern ein. Noch sicherer wäre es aber, die Atomkraftwerke abzuschalten. Das ist unsere Zielsetzung, und dafür werden wir weiter kämpfen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, vielen Dank. Nächste Wortmeldung: Herr Staatssekretär Dr. Bernhard.

Staatssekretär Dr. Otmar Bernhard (Umweltministerium): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man die Debatte hier hört, könnte man denken, dass Brunsbüttel und Krümmel in Bayern liegen. Frau Kollegin Biedefeld, wenn man weiß, dass in der Zeit, in der dort in Schleswig-Holstein die ganzen Schlamperien und sonstigen Dinge vorgekommen sind, eine rot-grüne Regierung regiert hat, und wenn man weiß, dass der Bundesumweltminister Trittin hieß,

(Zuruf der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

dann sollten Sie ein bisschen vorsichtiger sein.

(Susann Biedefeld (SPD): Schleswig-Holstein wird doch von einem CDU-Ministerpräsidenten regiert!)

Für die Staatsregierung stelle ich dennoch klar, dass wir der Ansicht sind, dass das Informationsverhalten von Vattenfall nach dem Trafobrand in Krümmel kritikwürdig ist. Der Konzern hat auch personelle Konsequenzen gezogen. Sie sollten nicht den Eindruck erwecken, als ob das, was dort geschehen ist, die gesamte Branche betrifft;

(Susann Biedefeld (SPD): Das strahlt auf die gesamte Branche aus!)

denn das Vorstandsmitglied von Eon und der Präsident des Deutschen Atomforums, Herr Hohlefelder, hat sich klar und eindeutig dazu geäußert, wie er das bewertet: beträchtlicher Imageschaden und verheerender Eindruck in der Öffentlichkeit. Herrn Josefsson haben Sie selbst schon zitiert. Es steht also außer Zweifel, dass das, was dort an Informationspolitik erfolgt ist, in keiner Weise akzeptabel ist. Herr Gabriel kündigt jetzt schärfere Kontrollen an. Wir warten auf seine Vorschläge. Wir sind für alles offen, was die Sicherheit optimiert und verbessert.

Ich glaube, wichtig ist jetzt

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– leider verläuft die Debatte wieder auf anderen Schienen –, dass die Ursachen und die Wirkungszusammenhänge, die es dort gegeben hat, aufgeklärt werden.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Ein kraftvolles „Weiter so“!)

– Nein, nein. Herr Kollege Wahnschaffe, anders ist ein vernünftiges Handeln nicht möglich; das sehen Sie doch auch so. Festgestellt werden muss also, was dort wirklich Sache ist, und dann ist zu reagieren, wenn dies allgemeine Konsequenzen im Bereich der Aufsicht erfordern würde. Ich zitiere aber auch den Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz – ein Beamter, der von Herrn Trittin dorthin berufen worden ist –, der geäußert hat, dass die Vorkommnisse nach seinen bisherigen Eindrücken nicht sehr gravierend sind. Ich zitiere den Präsidenten des Bundesamts für Strahlenschutz.

(Susann Biedefeld (SPD): Gott sei Dank!)

Ich plädiere also für eine sachliche Debatte, die tatsächlich fundiert ist und nicht möglicherweise völlig unberechtigte Ängste erzeugt, um nicht zu sagen: schürt.

(Susann Biedefeld (SPD): Menschliches und technisches Versagen können überall passieren!)

Jetzt zu Bayern. Unsere zentrale Maxime in der Atomaufsicht ist Transparenz und Offenheit und ein stringentes Aufsichtsregime.

(Zuruf der Abgeordneten Maria Scharfenberg (GRÜNE))

– Ich komme schon noch darauf, Frau Kollegin. Das, was von Ihrer Seite an Rechtskenntnissen über die Atomaufsicht geäußert worden ist, ist möglicherweise sehr peinlich.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Da kennen wir uns aber aus!)

Ich habe schon gesagt: Wenn es Vorschläge geben sollte, wie man die Aufsicht verbessern kann, sind wir dafür offen. Ich sage aber auch, dass wir in Bayern – ich habe vorher das Thema Schleswig-Holstein angesprochen – die Kraftwerke außerordentlich dicht und intensiv überwachen und kontrollieren. Jährlich finden Hunderte von Prüfungen von System und Komponenten jeweils unter Sachverständigenbeteiligung statt, ebenso finden ständig aufsichtliche Begehungen und Inspektionen statt, ebenfalls unter Sachverständigenbeteiligung.

(Susann Biedefeld (SPD): Das war beim Gammelfleisch auch so!)

Es gibt umfangreiche und intensive Prüfungen während der Revision der Kernkraftwerke. Außerdem gibt es das Kernkraftfernüberwachungssystem, das Sie ja kennen. Das hat dazu geführt – deshalb kann ich nicht verstehen, was Frau Paulig vorhin geäußert hat –, dass die fünf bayerischen Kernkraftwerke hinsichtlich der Aufstellung der meldepflichtigen Ereignisse – nicht des bayerischen Umweltministeriums, sondern des Bundesamtes für Strahlenschutz – in den letzten zehn Jahren unter den sieben besten waren. Ich glaube, auch das bestätigt eindrucksvoll die Effektivität der bayerischen Atomaufsicht.

Jetzt zum Thema Information der Öffentlichkeit. Sie erliegen einem grundlegenden Irrtum. Sie haben nämlich die Fristen, die die Kernkraftwerke für Ereignisse unterschiedlicher Art einzuhalten haben, die Fristen im internen Meldeverfahren an uns, herangezogen und haben so getan, als ob die Frist für eine solche Eilmeldung bei der Veröffentlichung nicht einzuhalten sei und dass dies andernfalls ein Rechtsverstoß sei. Tatsache ist, dass diese Fristen für das interne Verfahren gelten und dass es für die Information der Öffentlichkeit keine rechtlichen Regelungen gibt. Das, was von uns und von den Betreibern gemacht wird, ist eine Politik der Transparenz und Offenheit, von der ich vorher gesprochen habe.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Dann muss es aber zeitnäher erfolgen!)

Die erfolgen auch zeitnah, Frau Kollegin. Wir veröffentlichen aber nicht ungeprüft, das heißt ohne Beziehung technischen Sachverständes innerhalb weniger Tage, da geht es um zwei oder drei Tage. Wir machen das des-

halb nicht, weil wir nachprüfen wollen, ob beispielsweise die Einstufung in das Risikosystem richtig ist. Nehmen Sie einmal den Fall an, wir würden ungeprüft eine solche Meldung veröffentlichen, wonach kein Problem aufgetreten sei, und hinterher würde sich herausstellen, dass es in Wirklichkeit Stufe zwei oder drei gewesen ist. Was würden Sie uns denn dann vorwerfen? - Vertuschung usw. und so fort. Es ist doch vernünftig, dass wir das zunächst checken und dann zeitnah veröffentlichen, indem wir es ins Internet stellen.

Sie tun so, als gäbe es keine Information der Öffentlichkeit. Wir stellen die Ereignisse umgehend nach der technischen Überprüfung ins Internet, und damit ist das Ganze für die Öffentlichkeit zugänglich. Da gibt es eigentlich überhaupt keine Probleme. Ich sehe auch nicht, wo es da in der Praxis Probleme gegeben hätte. Wir in Bayern haben alle Ereignisse zeitnah – da ist ein großer Unterschied zu Schleswig-Holstein, wo Sie die Verantwortung tragen – veröffentlicht. Im Übrigen gibt es eine Landtagsfestlegung aus dem Jahr 1991, an die man in diesem Zusammenhang erinnern kann, wonach Ereignisse von höherer sicherheitstechnischer Bedeutung – also ab Stufe 1 der INES-Skala; für diejenigen, die sich genau damit befassen – dem Bayerischen Landtag sofort zur Information zu übermitteln sind.

Sie haben die Veröffentlichung der Meldungen als solche angesprochen. Das ist aus unserer Sicht nicht sehr praktikabel, und zwar deshalb, weil diese Meldungen häufig sehr technisch sind, das heißt, die Öffentlichkeit – wenn man die Öffentlichkeit informieren will – würde eine solche Meldung gar nicht einordnen können. Außerdem ist ein solches Vorgehen Teil des Verwaltungsverfahrens. Wenn man eine solche Veröffentlichung will, kann man das durchaus tun, aber dann braucht man dafür eine Rechtsgrundlage, um Teile eines Verwaltungsverfahrens zu veröffentlichen. Ich glaube jedoch nicht, dass ein solches Vorgehen im Sinne einer Information sehr viel weiterführen würde.

Jetzt zu der periodischen Sicherheitsüberprüfung: Ich glaube, man muss dabei eines sehen – das ist ganz wichtig –: Es wird der Eindruck erweckt, bei dieser periodischen Sicherheitsüberprüfung ginge es um Mängel, die in das Raster meldepflichtiger Ereignisse fielen. Das kann im Einzelfall sein, die Einordnung als meldepflichtiges Ereignis und Mangel läuft auf einer völlig anderen Schiene. Der Sinn dieser sicherheitstechnischen Überprüfungen, die alle zehn Jahre stattfinden, ist es, ein Kraftwerk insgesamt zu beurteilen und ganzheitlich zu erfassen. Es gibt detaillierte Leitfäden des Bundes dazu, was dabei im Einzelnen anzusprechen ist.

Dann geschieht Folgendes: Der Bericht, den der Betreiber abliefert, wird durch technischen Sachverständ geprüft, und am Ende gibt es einen Bericht, der sich mit der Frage beschäftigt, was zu optimieren ist. Dabei werden Fragestellungen wie Beschriftungen abgehandelt oder wird die Frage geklärt, wie neue technische Systeme verwendet werden können. Es betrifft aber nicht meldepflichtige Er-

eignisse. Die Ergebnisse dieses Berichtes werden wir selbstverständlich veröffentlichen. Den Bericht selber zu veröffentlichen, ist eine sehr umständliche Prozedur. Ich sage noch einmal: Es handelt sich um einen Bericht der Betreiber. Inhalt ist das, was die Betreiber zunächst selber über die Situation im Kraftwerk feststellen und wobei die Betreiber glauben, man könne das eine oder andere optimieren. Es geht nicht um sicherheitsrelevante Mängel. Diese werden auf einer anderen Schiene behandelt und bearbeitet.

(Maria Scharfenberg (GRÜNE): Trotzdem muss es veröffentlicht werden!)

Zusammenfassend: Ich glaube, dass wir in Bayern eine hervorragende und verantwortungsbewusste Informationspolitik machen. Die Informationen werden dann von uns veröffentlicht, wenn sie dahin gehend geprüft sind, ob sie korrekt sind. Wir veröffentlichen umgehend im Internet, und wir werden auch die Ergebnisse dieses Prüfberichts veröffentlichen. Wir sehen dabei überhaupt keine Probleme. Wenn im Gefüge des Systems rechtliche Änderungen notwendig sein sollten, dann erwarten wir entsprechende Vorschläge des Bundesumweltministers. Wir sind offen und kooperativ in Bezug auf alle Optimierungen, die bei der Aufsicht möglich sind.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Staatssekretär, vielen Dank. Es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Zu Wort hat sich Frau Kollegin Paulig für eine persönliche Erklärung gemeldet.

(Ruth Paulig (GRÜNE): Eigentlich nach der Abstimmung!)

– Liebe Frau Kollegin Paulig, vertrauen Sie darauf, dass die Präsidenten die Geschäftsordnung kennen. Deswegen lese ich Ihnen den Text auch noch einmal vor, nachdem ich Sie als gewiefte Taktikerin kenne. Sie dürfen nur Angriffe zurückweisen, die in der Aussprache gegen Sie geführt wurden, oder eigene Ausführungen berichten, und es darf nicht zur Sache selbst gesprochen werden. – Frau Kollegin Paulig, Sie haben das Wort.

Ruth Paulig (GRÜNE): Genau, ich erinnere mich an die Beispiele gestern.

Herr Präsident, vielen Dank für die Information. Es wurde von Herrn Staatssekretär Bernhard angekündigt, er würde mir irgendwelche Unrichtigkeiten nachweisen. Ich kann dies nicht feststellen. Ich habe zum Ersten einmal von den meldepflichtigen Ereignissen gesprochen und die Zahlen genannt, wie viele in Bayern vorliegen. Das habe ich zutreffend zugesagt. Ich habe bezüglich der meldepflichtigen Ereignisse in Atomkraftwerken in Deutschland im Jahr 2006 beispielsweise festgestellt, dass Isar 1 an der siebten Stelle liegt, Grafenrheinfeld und Gundremmingen B und C auf den Plätzen neun, zehn und elf. Das ist zutreffend; das sind die meldepflichtigen Ereignisse:

acht bei Isar 1, jeweils sieben bei Grafenrheinfeld, Gundremmingen B und sechs bei Gundremmingen C. Ich kann allerdings Ihren Ausführungen nicht zustimmen, wonach die bayerischen Atomkraftwerke die geringste Anzahl an Störfällen aufwiesen. So ist das nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Isar 2 liegt günstig.

Zum Zweiten stimmen die Formulierungen in unserem Antrag exakt. Wir erwarten von den Atomkraftwerksbetreibern eine aktuelle und umfassende Information der Öffentlichkeit, eine Einstellung durch das Umweltministerium in das Internet, und wir verlangen die Veröffentlichung der periodischen Sicherheitsüberprüfungen. Ich weise zurück, dass in meinem Antrag etwas Falsches stehen würde.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum bedauere ich es sehr, dass Herr Staatssekretär Bernhard heute nicht gesagt hat, wann er die periodische Überprüfung durchführen würde.

Ein Letztes, warum uns und mir diese Ausführungen, die von mir sehr exakt vorgetragen worden sind, so wichtig sind: Der Reaktor Isar 1 stammt aus der gleichen Baulinie wie Brunsbüttel – Baulinie 69, der Billigreaktor von Siemens – und gilt als besonders störanfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Darum ist es dringend geboten, hier über die Nachweisdefizite der periodischen Sicherheitsüberprüfung zu informieren. Ich weiß, dass es um Unterlagedefizite geht. Bei Brunsbüttel hat die periodische Sicherheitsüberprüfung – –

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, jetzt sprechen Sie zur Sache.

Ruth Paulig (GRÜNE): Mir ist es persönlich ausgesprochen wichtig, dass wir sehr schnell die Konsequenzen aus diesen Unterlagedefiziten ziehen; denn diese Unterlagedefizite, beispielsweise der Kategorie K 2, können ein sicherheitstechnisches Defizit begründen. Ich bedauere es ausgesprochen, dass hier der Eindruck erweckt wurde, als würde ich – –

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kolligin Paulig, ich hatte Ihnen ganz bewusst den § 112 der Geschäftsordnung vorgelesen. In diesem Artikel steht, dass eine persönliche Erklärung dazu dient, dass Sie Angriffe gegen sich selbst zurückweisen können oder eigene Fehler, die Sie gemacht haben, korrigieren können. Sie dürfen nicht zur Sache selbst sprechen. Bitte, bitte, Frau Paulig.

Ruth Paulig (GRÜNE): Danke. Die Vorwürfe, die hier von Ihnen in den Raum gestellt worden sind, ich könnte nicht zwischen den Unterlagedefiziten der vier bzw. fünf Kategorien der periodischen Sicherheitsüberprüfung und den

meldepflichtigen Ereignissen unterscheiden, weise ich entschieden zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist mir wichtig – dazu fordere ich Sie nochmals auf –, eine Zustimmung zu diesem Antrag zu bekommen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Frau Kollegin, Sie wollen doch nicht, dass ich Sie abmahne. Bitte, tun Sie mir den Gefallen. Der Sommer steht vor der Tür.

(Barbara Stamm (CSU): Erklärung! – Weitere Zurufe von der CSU)

Ruth Paulig (GRÜNE): Eine persönliche Erklärung: Mir ist es so wichtig – –

(Manfred Ach (CSU): Entschuldigung, das ist ein Missbrauch der Geschäftsordnung! – Engelbert Kupka (CSU): Das ist doch jetzt Kasperltheater! – Manfred Ach (CSU): Eine Faschingsveranstaltung!)

Angesichts der Sicherheitsdefizite von Brunsbüttel und Isar 1 weise ich diese Unterstellungen zurück und erwarte, dass hier verantwortungsvoll und umgehend gemäß unserem Antrag gehandelt wird.

(Lebhafter Beifall bei den GRÜNEN – Maria Scharfenberg (GRÜNE): Zum Nutzen der Menschen!)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kollegen und Kolleginnen, wir kommen jetzt zur Abstimmung. Es ist namentliche Abstimmung beantragt worden. In Anbetracht der Zeit: drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 10.31 Uhr bis 10.34 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist abgelaufen. Die Abstimmung ist damit abgeschlossen.

Ich rufe den dritten Dringlichkeitsantrag auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Markus Sackmann, Franz Josef Pschierer u. a. u. Fraktion (CSU)

Planungen für den Nordzulauf des Brenner-Basis-Tunnels voranbringen

(Drs. 15/8669)

(Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich weiß zwar, dass die Sommerferien beginnen, aber trotzdem. Das ist ja fast wie in der Schulkasse vor der Zeugnisverteilung.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Es ist ja auch so! Es wird ja heute ein Zeugnis verteilt!)

Ich eröffne die Aussprache. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Rotter.

(Unruhe)

– Ich darf die lieben Kolleginnen und Kollegen vor allem der CSU – – Auch der Staatssekretär Schmid ist hinten schon wieder am Flirten. Herr Schmid, würden Sie – – Herr Schmid! – Herr Staatssekretär Schmid! – Danke! Jetzt hat der Kollege Rotter, Mitglied der CSU-Fraktion, das Wort. Vielleicht hört seine eigene Fraktion auch zu.

Eberhard Rotter (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine moderne Verkehrsinfrastruktur ist unerlässlich für die europäische Wettbewerbsfähigkeit und damit für unser aller Zukunft. Verkehrsadern sind Lebensadern für unsere Wirtschaft. Mobilität ist für moderne arbeitsteilige Volkswirtschaften wichtiger denn je. Dies zeigt sich in besonderer Weise bei der Exportabhängigkeit und bei der Exportquote der bayerischen Wirtschaft, die mittlerweile nahezu 50 % aufweist, und davon gehen wiederum rund 60 % in die Räume der Europäischen Union.

Um Verkehr umweltfreundlich bewältigen zu können, muss zumindest der in den kommenden Jahren weiter zu erwartende Zuwachs möglichst weitgehend per Schiene bewältigt werden können. Dazu sind allerdings neue Streckenbauten und Erweiterungen bestehender Strecken sowie Basistunnels beim alpenquerenden Verkehr unerlässlich.

Der alpenquerende Verkehr hat seit jeher eine herausragende Bedeutung. Dies weiß Bayern als Transitland natürlich besonders gut. Auf der Straße sind im Alpenraum die Belastungsgrenzen von Mensch und Umwelt erreicht. Die Schiene muss künftig vor allem beim Güterverkehr einen viel größeren Anteil übernehmen. Von daher fordern wir in diesem Hohen Haus seit langem fraktionsübergreifend den Ausbau der Brennerachse München – Verona mit dem Kernelement des Brennerbasistunnels.

Aktueller Anlass für den Dringlichkeitsantrag ist die Unterzeichnung zweier Vertragswerke zum einen zum Bau des Brennerbasistunnels und zum anderen zum Ausbau der Bahnlinie Freilassing – Salzburg. Das von den italienischen und österreichischen Verkehrsministern unterzeichnete Brenner-Memorandum stellt einen wichtigen Meilenstein zur Verwirklichung des Brennerbasistunnels dar, weil sich die beiden Länder zur Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel bekennen.

Damit kommt der Ausbau des transeuropäischen Schienennetzes in Süddeutschland und im Alpenraum voran. Neben dem Ausbau der Strecke Nürnberg – Erfurt sind der Abschnitt Rosenheim – Kiefersfelden als Brennerzulauf und der Brennerbasistunnel selbst ein ganz wichtiger Teilabschnitt der Hochgeschwindigkeits-Eisenbahnachse Berlin – Erfurt – Nürnberg – München – Verona – Neapel. Das ist bekanntlich das TEN-Verkehrs-Projekt Nummer 1.

Eine leistungsfähige Alpenquerung auf der Schiene, die die heutigen infrastrukturellen und betrieblichen Mängel beseitigt, ist angesichts der zunehmenden Bedeutung gerade auch des Warenaustausches mit der Mittelmeerregion – ich erinnere daran, dass Italien der zweitwichtigste Handelspartner des Freistaates ist – von entscheidender Bedeutung. Die heutigen alpenquerenden Schienenwege müssen daher durch ein System von Basistunneln, bestehend aus der schweizerischen NEAT, der neuen Eisenbahn-Alpentransversale, und einen Basistunnel am Brenner ersetzt werden.

Ich nenne bewusst in diesem Zusammenhang auch die NEAT; denn dort wird ja bekanntlich gebaut. Der Lötschbergtunnel ist fertiggestellt, leider weitgehend nur einspurig; aber auch die Schweiz muss sehr stark auf die Kosten achten. Auch der Gotthard-Tunnel ist im Bau und soll nach den jetzigen Planungen im Jahre 2017 fertiggestellt sein. Auch insoweit ist es natürlich wichtig, die bayerische Zulaufstrecke München – Memmingen – Lindau zu ertüchtigen und zu elektrifizieren. Auch dafür sind heuer wichtige Vereinbarungen getroffen worden.

Wenn gleich der Zeitplan für den Brennerbasistunnel noch keineswegs klar ist und es gegenüber dem im Staatsvertrag zwischen Italien und Österreich vor geraumer Zeit festgelegten Fertigstellungstermin 2015 zu gravierenden Verzögerungen kommen wird - -

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Sehr hoffnungsvoll!)

– Frau Kollegin Dr. Kronawitter, das war damals schon sehr ambitioniert, und mittlerweile wissen wir, dass diese Hoffnung dahingefahren ist. – Wenn gleich es also sicherlich noch dauern wird, ist es notwendig, uns bereits jetzt Gedanken über die bestehenden Zulaufstrecken zu machen, noch dazu, da ja die Strecke über den Brenner durchaus noch Kapazitätsreserven hat und von daher, solange der Basistunnel nicht fertiggestellt ist, mit einem weiteren Anwachsen des Zulaufs, insbesondere durch das bayerische Inntal, zu rechnen ist.

Von einem Baubeginn vor 2015 wird kaum auszugehen sein. Auch das ist schon sehr optimistisch. Von daher wird die Fertigstellung, auch wiederum sehr optimistisch – bei Verkehrsprojekten insbesondere auf der Schiene gehört eine gehörige Portion Optimismus dazu –, etwa 2020 bis 2022 zu erwarten sein. Die Italiener und die Österreicher glauben, dass sie bis zu diesem Zeitpunkt fertig sein könnten. Ich sehe das als nicht unbedingt realistisch an. Bahnvorstand Otto Wiesheu hat dem Verkehrs- und dem Haushaltsausschuss des Bayerischen Landtags erst vor zwei Tagen in diesem Hause erklärt, er rechne nicht vor 2025 mit einer Fertigstellung. Auch dafür würde ich meine Hand nicht ins Feuer legen. Eine Bestätigung für diese Haltung ist auch die Verzögerung beim Projekt NEAT, der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale. Auch mit diesem Projekt wären die Schweizer gerne 2012/2013 fertig geworden. Es wird jetzt vier Jahre länger dauern. Der Gotthard-Tunnel im Zuge der Neuen Eisenbahn-Alpentransversale wird erst im Jahr 2017 fertig werden.

Dennoch, liebe Kolleginnen und Kollegen, müssen die Grundlagen für die Zulaufstrecken jetzt erarbeitet werden. Aus bayerischer Sicht interessiert hier vor allem der Nordzulauf. Auf österreichischer Seite ist der 42 Kilometer lange Ausbau der Strecke Wörgl – Innsbruck zum Großteil im Bau. Zwischen Wörgl und Innsbruck liegt auf dieser Strecke auch die österreichische West-Ost-Verbindung. Dieser Streckenabschnitt soll Ende 2012 viergleisig in Betrieb sein. Für den Abschnitt Wörgl bis zur bayerisch-österreichischen Grenze bei Kufstein bzw. Kiefersfelden werden bereits sehr detaillierte Planungsschritte vorgenommen. Der größte Kapazitätsengpass auf der Gesamtstrecke München – Verona wird nach 2012 allerdings zwischen Grafing und Rosenheim liegen. Für diesen Abschnitt sind keine Ausbaumaßnahmen vorgesehen. Von daher ist es natürlich von ganz entscheidender Bedeutung, dass der Ausbau der Strecke München – Mühldorf – Freilassing, für den ja im April der erste symbolische Spatenstich stattgefunden hat, zügig vorankommt, um die Salzburg-Verkehre von der Strecke zwischen München und Rosenheim wegzunehmen und künftig auf die Strecke über Mühldorf verlagern zu können.

In Übereinstimmung mit dem europäischen Koordinator für die TEN-Strecke Nummer 1, Karel van Miert, fordern wir dringend, dass die notwendigen Planungen auf deutschem Gebiet jetzt begonnen werden. Ein umfassendes Konzept, welche Ausbauten auf bayerischer Seite notwendig sein werden, muss zügig ausgearbeitet werden. Hinsichtlich der Trassenwahl muss eine für Mensch und Naturverträgliche Variante gefunden werden. Unabhängig davon, wie rasch weitere Ausbauten notwendig sind, muss die Planung möglichst umgehend aufgenommen werden, um der betroffenen Region Planungssicherheit zu geben. Wir bekommen auch im Wirtschaftsausschuss immer wieder Eingaben; denn die Bürgermeister in der betroffenen Region wollen natürlich wissen, wie es mit der Schiene weitergeht und was hier geplant ist, um ihre Planungen vorantreiben zu können.

Der notwendige Umfang der Ausbauten kann vor dem Vorliegen genauerer Verkehrsprognosen nicht ausreichend genau festgelegt werden. Es gibt etliche denkbare Varianten; eine davon ist der drei- oder viergleisige Ausbau der Strecke Rosenheim – Kiefersfelden; eine andere ist die Umfahrung des Knotens Rosenheim, über die vor zwanzig Jahren schon gesprochen wurde. Ich habe erst kürzlich mit einem Beamten gesprochen, der vor zwanzig Jahren juristischer Staatsbeamter beim Landratsamt Rosenheim war. Er hat mir berichtet, dass vor zwanzig Jahren die Umfahrung Rosenheims diskutiert wurde. Dazu wurden auch bereits Vorstudien gemacht. Das wäre eine weitere Variante. Schließlich gibt es Überlegungen bis hin zum Ausbau der Strecke Rosenheim – Mühldorf – Landshut als großräumige Umfahrung Münchens für lang laufende Güterzüge.

Der Dringlichkeitsantrag ist jetzt insbesondere wichtig, da durchaus nicht völlig unumstritten ist, wann mit den Planungen für den deutschen Abschnitt des Nordzulaufs

begonnen werden muss. Die DB Netz AG als potentieller Planungsträger steht auf dem Standpunkt, dass in Deutschland derzeit keinerlei Maßnahmen notwendig sind, dass diese erst dann erforderlich werden, wenn die Finanzierung des Brennerbasistunnels endgültig geklärt ist und dann auch mit dem Bau begonnen wird. Auch die Bundesregierung agiert bei dem Thema bislang sehr zurückhaltend. Wir allerdings fordern in Übereinstimmung mit den bisherigen Forderungen der Bayerischen Staatsregierung aufgrund des langen Planungsvorlaufs von Eisenbahngroßprojekten, dass die notwendigen Studien und ersten Planungsschritte jetzt eingeleitet werden, nachdem die Finanzierung durch das Brenner-Memorandum zwischen Österreich und Italien, das letzte Woche unterzeichnet worden ist, auf gutem Wege ist. Gerade auch im Interesse der Bevölkerung im bayerischen Inntal, die insbesondere vom alpenquerenden Güterverkehr massiv betroffen ist, muss Klarheit über den notwendigen Umfang des Infrastrukturausbau auf bayerischem Gebiet geschaffen werden.

Schließlich weise ich noch darauf hin – das haben wir am Ende des Dringlichkeitsantrags mit aufgeführt –, dass nach der Unterzeichnung des deutsch-österreichischen Abkommens zum dreigleisigen Ausbau des Streckenabschnitts Freilassing – Salzburg jetzt unverzüglich mit der Detailplanung und auch mit dem Bau des dritten Gleises begonnen werden muss. Dies ist ein wichtiger Schritt für den Ausbau der Europa-Magistrale, die Paris über Stuttgart, München und Salzburg mit Wien, Bratislava und Budapest verbindet. Heute soll im Übrigen der entscheidende Tag für „Stuttgart 21“ bzw. für die Neubaustrecke über die Schwäbische Alb von Stuttgart nach Ulm sein. Darüber hinaus ist dieser dreigleisige Ausbau zwischen Freilassing und Rosenheim notwendig, um die Salzburg-Verkehre von der Strecke München – Rosenheim auf die Strecke über Mühldorf verlagern zu können. – Ich bitte um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg und anderer und Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN betreffend „Öffentliche Information über meldepflichtige Ereignisse und Periodische Sicherheitsüberprüfungen in den bayerischen Atomkraftwerken“ auf Drucksache 15/8668 bekannt: Mit „Ja“ haben 45 Abgeordnete gestimmt, mit „Nein“ 104. Enthaltungen gab es keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage)

Wir fahren in der Rednerliste fort. Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Thomas Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Fügung wollte es so, dass am Ende der ersten Halbzeit des Sitzungsjahres ein sehr wichtiges, aber wenig emotionalisierendes Thema steht.

Vorbehaltlich deines Auftrittes, Kollege Magerl, glaube ich, dass wir ohne Krach in die Sommerpause gehen. Aber das sollte uns nicht daran hindern, uns noch einmal intensiv mit dieser Fragestellung zu beschäftigen. Ich kann Ihnen gleich sagen, dass wir diesem Dringlichkeitsantrag zustimmen werden, auch wenn er im Detail einige Ungenauigkeiten enthält und noch einige Klarstellungen erforderlich sind.

Die SPD begrüßt die Unterzeichnung der Vertragswerke, die im Antrag genannt sind, insbesondere des Brenner-Memorandums, aus den genannten Gründen, nämlich im Hinblick auf das Bekenntnis zur Finanzierung. Wir sagen auch: Es ist richtig, die EU hinsichtlich der Finanzierung mit in der Pflicht zu sehen. Der Brenner ist ein europäisches Projekt, Teil des transeuropäischen Netzes. Von anderen Dingen, die im Antrag aufgeführt werden, wie dem Transrapid kann man das nun wahrlich nicht behaupten. Aber beim Brenner ist es sicherlich richtig. Es ist auch ein Fortschritt, der dringend erforderlich ist, um die stetig wachsenden Güterverkehrsströme in den genannten Relationen zu bewältigen, ohne den Personenverkehr zu vernachlässigen.

Ein erstes Aber muss ich nennen: Es ist nicht unbedingt der Weisheit letzter Schluss in der Verkehrspolitik, wenn Sie im Zusammenhang mit dem Thema des alpenquerenden Verkehrs die NEAT und die Elektrifizierung der Strecke München – Lindau im Antrag nicht erwähnen. Herr Kollege Rotter, ich danke Ihnen – wir haben das gestern noch einmal besprechen können – dafür, dass Sie dieses Thema aus der Begründung in Ihren heutigen Vortrag mit hineingenommen haben.

In diesem Zusammenhang begrüßen wir die Bereitschaft von Bundesverkehrsminister Tiefensee, die von der Schweiz angebotene Lösung zur Elektrifizierung aufzugreifen.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Hildegard Kronawitter (SPD))

Wir fordern Sie, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von der CSU und auch die Staatsregierung auf, jetzt Ihrerseits in die Puschen zu kommen und das Erforderliche zu tun, damit dieses Projekt umgesetzt werden kann.

Ich möchte also für das Protokoll festhalten, dass wir unsere Zustimmung zu diesem Antrag mit einer entsprechend positiven Haltung zur Elektrifizierung der Strecke München – Lindau verbinden.

(Beifall bei der SPD)

Das dritte Gleis zwischen Freilassing und Salzburg ist überfällig. Insofern bin ich sehr dankbar, dass dieses Abkommen zustande gekommen ist. Das dritte Gleis ist überfällig, um die Lebensader dieser Region zu stärken. Ich verweise auf den großen, viele Bedenenträger überraschenden Erfolg der grenzüberschreitenden S-Bahn zwischen Salzburg, Freilassing und Berchtesgaden. Ich

bedauere an dieser Stelle ausdrücklich, dass die Bayerische Eisenbahngesellschaft durch ihre Ausschreibungspraxis in der Zukunft diesen für beide Länder positiven Erfolg infrage stellt. Ich bedauere, dass dafür gerade die Haltung der örtlichen CSU in der Region verantwortlich ist. Das, meine Damen und Herren, zeigt, dass Sie manchmal die Chancen Europas nicht erkennen wollen und sich doch wieder gerne innerhalb der bayerischen Grenzen einmauern.

Ich habe eines vermisst, nämlich den Hinweis, dass das Projekt „Drittes Gleis“ erst durch die rot-grüne Bundesregierung und den rot-grünen Bundesverkehrswegeplan wirklich in Gang gekommen ist.

(Beifall bei der SPD)

Darauf kann man verweisen. Die Strecken München – Rosenheim – Kiefersfelden – Grenze Deutschland/Österreich – Zulaufprojekt sind nach dem Bundesverkehrswegeplan 2003 ein internationales Projekt mit Investitionskosten in Höhe von 1,57 Milliarden Euro. Ich zitiere den Bundesverkehrswegeplan:

Zum Ausbau der Strecken ist es daher erforderlich, eine Vereinbarung mit dem jeweiligen Nachbarland zu treffen sowie die Wirtschaftlichkeit des Ausbaus nachzuweisen.

Wir unterstützen alle Bemühungen, die erforderlichen Maßnahmen rasch in Angriff zu nehmen, wenngleich schon nach dem Staatsvertrag vom Mai 2004 der Zeithorizont bis 2015 – Kollege Rotter hat es zu Recht gesagt – als ambitioniert zu gelten hatte. Herr Dr. Wiesheu von der Bahn hat am vergangenen Dienstag bei dem sehr konstruktiven Arbeitsfrühstück unwidersprochen mit dem Zeithorizont 2020 bis 2025 operiert. Das heißt aber nicht, dass wir die Hände in den Schoß legen dürfen. Auch Kollege Rotter hat darauf hingewiesen: Der alpenquerende Verkehr ist vorhanden, und er nimmt zu. Trotz der jetzt noch bestehenden Kapazitätsreserven müssen wir etwas tun. Als wir vor einem Jahr darüber diskutiert haben, hat Kollege Dr. Magerl zu Recht darauf hingewiesen.

Zur Frage des politischen Ziels: Sie können es manchmal nicht ganz lassen, auch dieser Antrag suggeriert wieder – Sie sind aber deutlich moderater als noch vor genau einem Jahr, weil Sie sich näher damit beschäftigt haben –, dass es in Berlin nicht richtig voranginge. Ich frage Sie heute wieder: Was haben denn der Freistaat Bayern und die Staatsregierung dazu beigetragen? – Wenig bis nichts. Im Mai 2004 schreibt die „Süddeutsche Zeitung“, der Freistaat Bayern habe vom Termin des Abschlusses des Staatsvertrags damals mehr oder weniger durch Zufall erfahren – Zitat –, „was ein bezeichnendes Licht auf die lückenhafte Koordinierung der politischen Aktivitäten zur Realisierung des Tunnelbaus wirft“. Ich halte fest: Sie sind nicht die Treiber dieses Projekts, Kolleginnen und Kollegen von der CSU.

(Beifall bei der SPD – Franz Josef Pschierer (CSU): Aber Sie auch nicht!)

Im neuen Landesentwicklungsprogramm 2006 – LEP –, das Sie und Herr Huber unbedingt haben mussten, findet sich die Strecke wiederum nur ganz allgemein als Ausbauvorhaben.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Nicht präzisiert!)

Kollege Wörner hat mehrfach zu Recht kritisiert, dass jede weitere projektbezogene Angabe fehlt. Bedenken Sie, welchen Affentanz Sie im LEP um den Transrapid machen; jede Kurve der Trasse ist dort festgelegt. Beim Zulauf zum Brennerbasistunnel interessiert Sie das einen feuchten Kehricht. So kümmern Sie sich um den Zulauf zum Brennerbasistunnel!

(Beifall bei der SPD)

Hören Sie also auf, hier Berlin Vorhaltungen zu machen.

Es ist hochinteressant, Kollege Rotter, vor Kurzem haben Sie noch wiederholt gesagt, Berlin blockiere. Heute haben Sie exakt die richtige Reihenfolge benannt. Wir müssen abschließend wissen, wie die Österreicher die Wirtschaftlichkeit einschätzen. Dann können wir überlegen, was bei uns wirtschaftlich ist, Stichwort „internationales Projekt“. Da müssen wir die denkbaren Varianten prüfen. Herr Rotter, Sie haben sie heute alle genannt, bis hin zur Güterverkehrsumfahrung, einschließlich Landshut, Hochgeschwindigkeitsstrecke, Frage Grenztunnel Kiefersfelden – Innsbruck und all dem, was man dann erst sinnvoll prüfen kann. Das ist eben nun einmal die Abfolge.

Ich finde es gut, dass Sie in diesem Antrag deutlich einen Gang zurückschalten. Sie versuchen aber trotzdem zu suggerieren, man könnte den dritten Schritt vor dem ersten tun. Nein, bleiben wir in der richtigen Reihenfolge.

Wir müssen die Voraussetzungen für die Ausbaustrecke schnell schaffen. Deshalb unterstützen wir heute in groben Zügen diesen Antrag, damit wir zu den konkreten Planungsschritten kommen. Ich sage aber auch eines: Wenn wir hier neu planen, dann müssen wir eine schwierige Aufgabe bewältigen; denn wir müssen mehr Verkehr mit weniger Belastung für die Menschen im Inntal kombinieren. Das ist das Entscheidende: weniger Lärm und vielleicht durch eine leistungsfähigere Schienengütertransportmöglichkeit weniger Belastungen durch Lkw-Verkehr.

Frau Kollegin Dr. Kronawitter hat mich darauf hingewiesen, dass der Koordinator van Miert, als er im April 2007 hier gesprochen hat, mitgeteilt hat, er habe am 24. Mai mit dem Ministerpräsidenten – damals Edmund Stoiber – verabredet, dass zur Zulaufproblematik und zum Lärmschutz Gutachten gemeinsam erstellt und finanziert werden können. Ich hoffe, dass uns Kollege Huber

noch sagen kann, dass die Staatsregierung diese Möglichkeiten im Interesse der Menschen im Inntal nutzen wird.

(Dr. Hildegard Kronawitter (SPD): Bald nutzen wird! – Beifall der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer (SPD))

– Und dass er sie vor allem bald nutzt.

Die Landtagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei begrüßt die Aussicht, dass beide Projekte, die da genannt werden, in ein konkretes Realisierungsszenario eingebunden werden. Wir brauchen einen konkreten Beitrag, wir brauchen eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur im Interesse der Steigerung der wirtschaftlichen Entwicklungsfähigkeit Bayerns zur Bewältigung der massiv angestiegenen Verkehrsströme. Ich hoffe sehr, Kollege Magerl, dass auch Sie von den GRÜNEN uns im Anschluss unterstützen können. Eine zögerliche Haltung der GRÜNEN bei diesem Punkt wäre mir völlig unverständlich; denn wir haben hier sehr viele Anträge der GRÜNEN betreffend kleine Stellschrauben beim Klimaschutz behandelt. Eine sehr große Stellschraube bei Klimaschutz und Verkehr ist es, den Verkehr massenhaft auf die Schiene zu bringen. Gerade bei der Alpenquerung brauchen wir das. Ich bitte auch wegen des positiven Beitrags zur CO₂-Bilanz, dass die GRÜNEN aktiv mit ins Boot steigen.

(Christine Stahl (GRÜNE): Das müssen Sie uns nicht erzählen!)

Wir stimmen den Anträgen der CSU trotz dieser erforderlichen Korrekturen und Klarstellungen zu. Wir stimmen zu, weil wir von der SPD das große Ganze sehen und nicht das kleine Karo tragen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Genossinnen und Genossen, Freunde von den GRÜNEN, ich wünsche uns allen danach, nach einer weisen Abstimmung, schöne Ferien und ein Wiedersehen in Gesundheit.

(Beifall bei der SPD – Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Das waren schöne Schlussworte!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE) (vom Redner nicht autorisiert): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich werde als letzter Redner jetzt nicht für einen Sommerkrach sorgen. Ein paar Anmerkungen zu diesem Antrag und zu einer gewissen Euphorie, die ich hier verspüre, seien mir aber gestattet.

(Franz Josef Pschierer (CSU): Was heißt „gewisse“? – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich habe mir beim Herfahren heute früh überlegt, wie oft ich schon zum Thema „Brennerbasistunnel“ in den letzten

20 Jahren hier im Hohen Haus oder im zuständigen Ausschuss geredet habe.

(Henning Kaul (CSU): Deshalb können Sie es kurz machen!)

– Nicht ganz, das kann man nicht.

Mich betrübt, dass immer wieder versucht wird, die tatsächlichen Probleme des Alpentransits mit einem riesigen Projekt zu lösen. Man verschließt dabei die Augen vor realen Problemen, die teilweise sofort gelöst werden könnten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Menschen im Inntal entlang der Trasse der Eisenbahn sowie der Autobahn, aber auch die Menschen im Wipptal in Tirol werden seit 20 Jahren damit verrostet, dass man ihnen sagt: Wir lösen eure Probleme, indem wir den Brennerbasistunnel bauen. Auf diesem Weg ist letztlich zu wenig geschehen.

Grundsätzlich begrüßen wir den Brennerbasistunnel, aber wir haben aus derzeitiger Sicht dahinter noch etliche große Fragezeichen zu setzen. Deshalb können wir Ihre Euphorie nicht teilen.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Mütze (GRÜNE))

Die vorliegende Kostenschätzung geht von 6 Milliarden Euro aus. Das hat auch Herr Wiesheu, als er am Dienstag hier vor den beiden Ausschüssen gesprochen hat, erheblich infrage gestellt. Damit steht die Finanzierung dieses Projektes momentan noch in den Sternen, aber nicht nur, weil die Schätzung mit 6 Milliarden Euro nicht stimmt. Diese 6 Milliarden Euro sind noch nicht finanziert. Ich teile die Forderung, die EU soll mitfinanzieren, es ist ein europäisches Projekt. Speziell Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, fordern für all Ihre Projekte wie die Strecken Nürnberg – Erfurt, Stuttgart – Ulm – München, München – Mühldorf – Freilassing – Salzburg bis hin zum unsinnigen Transrapid TEN-Mittel. Der Topf der TEN-Mittel ist in den letzten Jahren geschrumpft, die Projekte sind nicht kleiner geworden. Man darf die Augen vor der Wirklichkeit nicht verschließen.

(Beifall der Abgeordneten Ruth Paulig (GRÜNE))

Die Bundesregierung hat klar erklärt, Deutschland wird sich am Brennerbasistunnel finanziell nicht beteiligen. Ein Blick in die Haushalte zeigt, dass wir mit den hier genannten Zulaufstrecken eigentlich schon finanziell überfordert sind.

(Zuruf des Abgeordneten Eberhard Rotter (CSU))

Wir sind momentan hiermit eher überfordert. Es ist richtig, das wir uns nicht in dieses – aus meiner Sicht – finanzielle Abenteuer „Brennerbasistunnel“ hineinstürzen. Ich sehe nach wie vor enorme geologische Risiken bei dem Projekt. Wir können eigentlich erst dann in

Euphorie verfallen, wenn der Probestollen, dessen Bohrung läuft, abgeschlossen ist und wir Kenntnisse darüber haben, welche Risiken uns unter diesem Berg erwarten. Ich nenne nur das Beispiel der ICE-Strecke Ingolstadt – Nürnberg.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Risiken sind in diesem Fall noch wesentlich größer.

Ich habe auch noch gewisse Zweifel. Es gibt – das ist Ihnen allen ja bekannt – die von der Brennerbasistunnel-Gesellschaft in Auftrag gegebene Progtrans-Studie. Sie sagt klar und deutlich: Im Angesicht der niedrigen Mautgebühren, die wir momentan haben, wird es kaum Entlastungseffekte und Verlagerungen, also das, was wir uns alle wünschen und was auch unser Anliegen ist – Verlagerung von der Autobahn auf die Schiene –, geben. Das heißt, dieses Projekt müsste eigentlich europaweit noch einmal in einen ganz anderen Kontext gestellt werden,

(Beifall bei den GRÜNEN)

was Straßenmaut anbelangt, was Einschränkungen auf der Straße anbelangt, damit wir wirklich die gewünschten Effekte erzielen.

Und dann noch etwas: Sie führen bei den Zulaufstrecken natürlich wieder fast alles an, was auf Ihrem Wunschzettel steht, bis hin zu diesem Projekt Nürnberg – Erfurt, zu dem wir klar und deutlich sagen: Das ist nicht zielführend, das ist zu teuer, das können wir uns nicht leisten.

Und es geht – Kollege Beyer hat es schon gesagt; Sie haben es Gott sei Dank noch in die Ausführungen hineingenommen – um die wahnsinnig wichtige Elektrifizierung der Strecke in Richtung Lindau, in Richtung Schweiz. Das ist wirklich ein Trauerspiel, wo wir nicht weiterkommen. Wenn wir dieses hätten, mit der Schweizer NEAT zusammen, könnten wir

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

eine riesige Entlastung relativ bald und mit relativ geringen Mitteln erreichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dass Sie die Strecke München – Mühldorf – Freilassing hier wieder bringen, freut mich natürlich; das kann man nicht oft genug fordern, wobei ich auch hier sagen muss: Das haben wir in den letzten 20 Jahren schon so oft debattiert, es ist ein Trauerspiel, dass wir nicht weiterkommen. Verkehrsminister Gustl Lang hat 1990 gesagt, 1994 fahren wir auf der Strecke. Mittlerweile sind 13 Jahre vergangen, und wir haben noch nicht einmal Baurecht für die Strecke, geschweige denn einen zügigen Ausbau.

Das waren also einige Anmerkungen, die ich zu dieser ganzen Geschichte machen musste. Was ich mir dringend wünschen würde, wären wirklich Sofortmaßnahmen, zum Beispiel Lärmschutzmaßnahmen im Inntal,

vielleicht auch einmal auf diesem Abschnitt ein Tempolimit,

(Beifall bei den GRÜNEN)

sodass die Leute tatsächlich von heute auf morgen relativ zügig Entlastungen bekommen. Immer wieder die Leute zu vertrösten und zu sagen, irgendwann einmal bauen wir dann den Brennerbasistunnel, das kann es letztendlich nicht sein!

Deshalb werden wir uns bei diesem Antrag – weil er einige Punkte enthält, die wir nicht mittragen können, obwohl wir das große Ganze befürworten – der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Mir liegt keine weitere Wortmeldung vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CSU-Fraktion und die SPD-Fraktion. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen und dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Die übrigen Dringlichkeitsanträge 15/8670, 15/8674, 15/8675, 15/8671, 15/8672 und 15/8673 werden wie üblich an die Ausschüsse verwiesen.

Damit, verehrte Kolleginnen und Kollegen, schließen wir diese Plenarsitzung, wie immer vor der Sommerpause und zum Abschluss dieser Sitzungsphase des ersten Halbjahres, mit einigen abschließenden Bemerkungen.

Werte Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Gestern war die 100. Plenarsitzung dieser Legislaturperiode, aber heute haben wir ein noch imposanteres Jubiläum: die 2000. Vollversammlung des Bayerischen Landtags seit der ersten Sitzung der 1. Wahlperiode im Jahr 1946.

Dies ist Beweis für eine gefestigte Demokratie, ist auch Erfolg und Verpflichtung, ist Beweis für eine Demokratie, die gewachsen ist aus den Verheerungen des Dritten Reichs, den geistigen und den materiellen Verheerungen. Es ist auch Beweis für das rege parlamentarische Leben. Dieses große Erbe ist uns natürlich auch Verpflichtung, uns auch in Zukunft für die parlamentarische Demokratie entsprechend zu engagieren, auch, um in der parlamentarischen Arbeit immer wieder in der aktuellen Situation unsere Arbeitsweisen zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

Im letzten Sitzungsjahr haben wir probeweise einige Veränderungen eingeführt mit der Zielsetzung „lebendigeres Parlament“: eine neue Form der parlamentarischen De-

batten mit der Ministerbefragung, einen neuen Sitzungszyklus – in der Regel eine Sitzung pro Woche, um aktuell und rascher reagieren zu können –, die Verabschiedung des Doppelhaushalts in einer neuen Form in einer eigenen Haushaltswöche und auch die Korrektur der Sitzungszeiten im Hinblick auf die Medien am Dienstag.

Der „Tag der offenen Tür“ am 23. Juni dieses Jahres mit circa 7000 Besuchern war eine sehr erfolgreiche Aktion, um den Bürgerinnen und Bürgern den Landtag und seine Arbeit näherzubringen. Dies, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sind auch weiterhin notwendige Aktivitäten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den nächsten Monaten werden wir uns in den Landesparlamenten auch damit befassen müssen, welche Schlussfolgerungen wir aus dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Veröffentlichung von Nebentätigkeiten und Einnahmen bei Bundestagsabgeordneten ziehen. Beim Bundesverfassungsgericht gab es in der Sache praktisch ein Patt. Das Urteil bringt insoweit auch keine Klärung. Es hat eine formale Entscheidung für den Bundestag gebracht im Hinblick auf die Veröffentlichungen. In diesem Urteil stehen sich aber grundsätzlich bei den Richterinnen und Richtern zwei zahlenmäßig gleich starke Positionen gegenüber mit einer grundsätzlich unterschiedlichen Sichtweise im Hinblick auf das parlamentarische Mandat in unserer Demokratie und in unserer Gesellschaft. Es geht hier um mehr als um technische Regelungen. Es geht letztlich im Kern – das kann man in diesem Urteil aus zwei ganz unterschiedlichen Positionen heraus gut studieren – um sehr grundsätzliche Fragen des parlamentarischen Mandats im Selbstverständnis und den daraus zu ziehenden Schlussfolgerungen.

Ich plädiere deshalb für eine sehr gründliche Analyse und bin persönlich auch gegen wohlfeile und schnelle Schlussfolgerungen für die anderen Parlamente. Dass vieles in der Regelung des Bundestages ungereimt ist und nicht sichtbar wird, ist eine Sache, die der Bundestag zu regeln hat. Was aber an grundsätzlichen Fragestellungen damit verbunden ist, ist unsere gemeinsame Aufgabe und auch Verpflichtung, uns damit auseinanderzusetzen, in jeder Beziehung grundsätzlich und ergebnisoffen; denn diese Entscheidungen haben eine große Auswirkung – da bin ich sicher – auf die künftige Zusammensetzung der Parlamente und auf die Stellung des freien Mandats in der Demokratie. Deshalb sind wir über unsere eigene momentane Interessenlage hinaus zur gründlichen Beratung verpflichtet.

Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich danke Ihnen herzlich für die Arbeit, die Sie hier im Haus, in den verschiedenen Gremien und in Ihren Stimm- und Wahlkreisen zum Wohle unseres Landes geleistet haben.

Ich danke dem Herrn Ministerpräsidenten und den Mitgliedern der Bayerischen Staatsregierung für die gute Zusammenarbeit.

Aber mein besonderer Dank gilt Ihnen, sehr geehrter Herr Ministerpräsident Dr. Stoiber, über dieses Jahr

hinaus für 14 Jahre Zusammenarbeit mit Ihnen in dieser Aufgabenstellung. Legislative und Exekutive haben dabei unterschiedliche Aufgaben und Rollen, aber unser Gemeinsames ist der Dienst für unser Volk und die parlamentarische Demokratie.

In der Reihe der sieben bayerischen Ministerpräsidenten haben Sie mit 14 Jahren nach Alfons Goppel – bei ihm waren es 16 Jahre – die zweitlängste Amtszeit als Ministerpräsident. In der Aufgabenverteilung von Legislative und Exekutive ist jedoch auch die Zugehörigkeit zum Kabinett zu zählen, und mit knapp 25 Jahren sind Sie das dienstälteste Kabinettsmitglied der bayerischen Nachkriegsgeschichte,

(Beifall bei der CSU)

gefolgt von Max Streibl mit 22 Jahren.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, das Parlament dankt Ihnen für diese lange Wegstrecke der Zusammenarbeit, zu der die Kontroverse genauso gehört wie die Gemeinsamkeit der Aufgabenstellung für Volk und Demokratie. Ich danke Ihnen auch persönlich als Präsident des Parlaments. Vielen Dank!

(Beifall bei der CSU)

Ich danke den beiden Vizepräsidenten, den Mitgliedern des Präsidiums und des Ältestenrates, den Fraktionsvorständen und den Ausschussvorsitzenden und deren Stellvertretern. Ich danke allen, die in besonderen Funktionen die Arbeit hier besonders prägen und tragen.

Danken möchte ich auch den Vertretern von Presse, Hörfunk und Fernsehen für ihre Berichterstattung.

Darüber hinaus gilt mein Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Fraktionsgeschäftsstellen, den Landtagsbeauftragten sowie den Beamten der Polizei für die geleistete Arbeit.

Allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landtagsamts sowie dem Amtschef ein herzlicher Dank für ihr Engagement und die konstruktive Unterstützung!

Bei dieser Gelegenheit möchte ich Ihnen, verehrte Kolleginnen und Kollegen, mitteilen, dass dem Bayerischen Landtag im März dieses Jahres das Grundzertifikat zum Audit „berufundfamilie“ von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen erteilt wurde. Das Landtagsamt hat da eine sehr anerkennenswerte Leistung erbracht.

Ich will Sie darüber informieren, dass wir in den letzten Monaten im Landtagsamt eine Mitarbeiterbefragung durchgeführt haben, begleitet von der Akademie für Verwaltungsmanagement und der hausinternen Projektgruppe „Mitarbeiterbefragung“. Laut dieser Befragung bewerten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, in Schulnoten ausgedrückt, das Landtagsamt mit „Gut“. Das ist ein sehr erfreuliches Ergebnis.

Besonders erfreulich ist, dass vonseiten der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts die Zusammenarbeit mit Ihnen, den Abgeordneten und den Fraktionsgeschäftsstellen, außerordentlich positiv bewertet wird.

(Allgemeiner Beifall)

Das ist wechselseitig ein gutes Zeichen; denn auch vonseiten der Fraktionsgeschäftsstellen hat mich wiederholt die Nachricht erreicht, dass man mit dieser Zusammenarbeit sehr zufrieden ist.

Das heißt natürlich nicht, dass es nicht noch weiteren Handlungsbedarf gäbe. Die Schlussfolgerungen, die wir aus der Mitarbeiterbefragung ziehen werden, werden im Herbst in verschiedenen Projekten weitergeführt.

An dieser Stelle ein herzlicher Dank auch an die Leitung und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landtagsamts!

Das Wort hat nun Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)

Sehr geehrter Herr Präsident liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich habe gerade festgestellt, dass es bei uns Jubiläen gibt. Die 2000. Sitzung ist natürlich eine beachtliche Zahl.

Dem Dank, den der Herr Präsident an alle hilfreichen Hände hier im Hause ausgesprochen hat, schließe ich mich natürlich gern an. Auch wir sehen es so, dass wir gute Zuarbeit bekommen, und bedanken uns dafür ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Wir wissen sehr wohl, dass es hier und da schwierig ist, mit freigewählten Abgeordneten umzugehen.

Wenn man das letzte halbe Jahr Revue passieren lässt, denkt man natürlich ein bisschen darüber nach, was in dieser Zeit alles passiert ist. Ich muss sagen: Seit Weihnachten ist ganz schön viel passiert. Der Präsident hat einiges erwähnt. Wer hätte denn Weihnachten daran gedacht, dass wir nach dem Sommer einen anderen Ministerpräsidenten haben werden? Das hätte sicher niemand voraussagen können.

Da ich weiß, dass alle gern bald in die Sommerpause gehen wollen und Sie heute noch eine ganz wichtige Entscheidung zu treffen haben, zu der ich sogar eingeladen worden bin, wobei ich nicht weiß, ob Sie große Freude haben würden, wenn ich käme, will ich nur eine kurze Rede halten.

Weil ich mir darüber hinaus dachte, es wäre schön, auch einmal Zustimmung von der CSU zu bekommen, habe ich überlegt, wie man ein halbes Jahr kurz kommentieren kann. Als Hüterin und Vertreterin der bayerischen Sprache und der Dialekte in Bayern weiß ich, dass die bayerische Sprache kurz und knapp ist. Deshalb spreche

ich einige Gedanken bzw. einige Ansinnen an Sie und uns auf Bayerisch aus.

Der CSU und Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, die überlegen, wer was wird und wer was bleibt, sage ich einfach: Nix Gwiss woäß ma nia ned.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zum neuen Ministerpräsidenten – oder sollte ich sagen: auch zum alten? – sagen wir in Bayern: Nix Bessers kimmt ned noch.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Zu dem Vertrauen, das wir, sagen wir einmal, ein bisschen spüren konnten – oder vielleicht konnten wir bei Ihrer Regierungserklärung auch nicht ganz so viel Vertrauen spüren –, das Sie dem neuen Ministerpräsidenten entgegenbringen, fällt mir nur ein, dass es bei uns heißt: Ned gschimpft is globt gnua.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Ich hoffe, dass ich auch für die Franken und Schwaben verständlich bin; aber i merks scho.

Zum scheidenden Ministerpräsidenten muss ich sagen – das wird die Familie vielleicht danken –: Es is koa Schadn, wo ned a Nutzn dabei is.

(Allgemeine Heiterkeit)

Wenn jemand Probleme damit hat, kann ich das auch übersetzen.

Auch ich bin in der Arbeitsgruppe „Lebendigeres Parlament“. Wir wünschen uns alle ein lebendigeres bayerisches Parlament. Da nützt es natürlich nichts, wenn wir uns so verhalten, wie uns oft von den Zuhörern vorgeworfen wird: Vui gredt und nix gsogt. So zu reden nützt also nichts.

Wenn sich zwei Zuhörer, die eine Zeit lang hier im Plenarsaal zugehört haben, unterhalten, dann kann das folgendermaßen ablaufen. Der eine fragt: Red' der scho lang? Der andere sagt: Ja. Da fragt der erste: Über was? Antwort: Ja, des sogt er ned.

(Allgemeine Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Also, so wird es mit besseren Plenardiskussionen nichts. Darum sollten wir über die Anziehungskraft der Plenardiskussionen ein bisschen nachdenken. Wie Plenarsitzungen und -diskussionen ablaufen, hängt ganz stark auch damit zusammen, wie wir miteinander umgehen. Da muss ich jetzt ein bisschen an die Kolleginnen und Kollegen der CSU appellieren, weil gerade in den letzten Tagen ab und zu wieder die Arroganz zutage getreten ist. Da fällt mir der Spruch ein, den sage ich aber nicht,

von den größten Kartoffeln. Ich empfehle, aufzupassen, dass Eana nächst's Jahr ned in d'Nasn neiregnt.

(Thomas Kreuzer (CSU): Das ist diskriminierend!)

– Ja, die Wahrheit is a grobs Viech; so heißt es in Bayern. Und Demokratie ist eine schwierige Sache. Dazu gehört auch, dass man aushalten muss, was der eine und die andere sagt.

Wenn Sie die Opposition anspornen wollen, dass sich in diesem Hause etwas ändert, dann machen Sie weiter so!

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Denn – das ist mir sehr wichtig – ich hoffe, dass Ludwig Thomas Eröffnungshymne – wer das nicht kennt, dem kann ich es sagen – „Was ist schwärzer als die Kohle?“ ned auf ewig guilt da herin.

(Allgemeine Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Wir gehen in die Sommerpause. Die Auseinandersetzungen werden im nächsten Jahr sicherlich nicht kühler, sondern hitziger, weil ein Wahljahr näherrückt. Nutzen Sie die Gelegenheit und nutzen wir die Gelegenheit, auszuspannen und in unserer schönen Heimat Kraft zu schöpfen. Aus Liebe zu Bayern sollten wir in Bayern Ferien machen.

Ihnen allen, ganz besonders Ihnen, Herr Dr. Stoiber, wünsche ich – weil bei Eana hoaßts ja jetzt so –: Aus, Äpfe, Amen. Allen sage ich für die nächste Zeit: Pfüa God alle mitanand!

(Allgemeine Heiterkeit und allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Vielen Dank, Frau Kollegin, für die guten Wünsche. Ich hoffe, dass der Stenografische Dienst und die Presse allen sprachlichen Akzentuierungen folgen konnten. Man erkennt die Ausdrucks- und Differenzierungskraft des Dialekts.

Herr Ministerpräsident, Sie haben das Wort.

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber: Herr Präsident, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe schon sehr viele Reden vor der Sommerpause von dem Vertreter der größten Oppositionspartei gehört, aber ich muss Ihnen sagen: Das war hinterkünftig, gescheit, feinsinnig und mit einem wunderbaren bayerischen Dialekt. Das war echt auf Boarisch. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Vielleicht sollte man in der Tat mehr im Dialekt miteinander reden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau! Das ist schön!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Präsident, ich bedanke mich sehr herzlich für die netten Worte. Nach mehr als drei Jahrzehnten in der Politik denke ich heute ganz besonders daran, was uns hier im Bayerischen Landtag über die Fraktionen hinweg miteinander verbindet. Mir kommen eine Fülle von leidenschaftlichen, interessanten, kontroversen, guten und verantwortlichen Debatten in den Sinn. Ich denke an Erfolge für Bayern insgesamt und seine Menschen. Ich denke bei einem solchen kleinen Rückblick aber auch an schwere Tage, die wir gemeinsam bestehen mussten, an große Naturkatastrophen, die viele Menschen in Bayern getroffen haben, an schwere und schwerste Unglücksfälle, die viele Menschen das Leben gekostet haben. Vergessen wir nie: Die Menschen setzen große Hoffnungen auf uns, auf Sie alle. Sie erwarten von ihren Abgeordneten – das wissen Sie aus den Sprechstunden – Orientierung, Halt und manchmal auch Trost.

Schopenhauer hat einmal wunderbar formuliert: Das einzig Beständige ist der Wandel. – Personen wechseln, Aufgaben bleiben. Vor allem bleibt eines: unsere gemeinsame – das nehme ich jedem ab – Leidenschaft für unser Land, für Bayern. Ich bin stolz darauf, dass die Menschen in Bayern im Allgemeinen mit Optimismus für sich und ihre Familien in die Zukunft blicken können. Wir in Bayern schöpfen unsere Kraft für die Zukunft zweifelsohne auch aus einem besonderen bayerischen Lebensgefühl. Wir in Bayern leben und arbeiten in Verantwortung für die nachkommenden Generationen. Aus unserer Liebe zum Land und aus unserer Liebe zu den Nachkommen wächst unsere Verantwortung für die Zukunft.

Der größte soziale Reichtum in unserem Land ist das Engagement der Menschen. Am vergangenen Wochenende haben in einer großartigen Gemeinschaftsaktion 40 000 Jugendliche in fast 2000 sozialen Projekten bewiesen, was Bayern stark und sozial macht.

(Allgemeiner Beifall)

Ich bin am Wochenende persönlich auf viele Gruppen gestoßen. Ich bin wirklich stolz auf diese Jugend – das können wir alle sein –, und dieses Hohe Haus, wenn ich das sagen darf, sagt Dank an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer. Ich kann nur sagen: Ihr seid Helden. Mit euch hat Bayern – das weiß man, wenn man in die Gesichter dieser jungen Menschen geschaut hat – wirklich eine gute Zukunft.

(Allgemeiner Beifall)

In Bayern halten die Menschen zusammen. In den Familien wird Tag für Tag millionenfach Nächstenliebe praktiziert, von der Kindererziehung bis zur Pflege der Angehörigen. Das Ehrenamt ist in Bayern keine Nebensache, es ist eine Ehrensache. Nirgendwo ist der Einsatz für die Heimat so groß wie bei uns. Das kann man der Statistik entnehmen. Über 40 % der jungen Leute engagieren sich in irgendeiner Weise ehrenamtlich. Das entspricht gar nicht dem Bild, das oft in der Öffentlichkeit von der Jugend gezeichnet wird. Nirgendwo ist die Treue zur und

die Begeisterung für die Heimat so groß wie bei uns in Bayern.

Ich lese immer gerne das, was Wolfram Weimer, der Chefredakteur der politischen Zeitschrift „Cicero“, so wunderbar formuliert hat. Er hat in einer Abhandlung untersucht, was eigentlich das Geheimnis des Südens ist – er hat nicht nur Bayern gemeint – und warum der Süden in den letzten Jahrzehnten stärker geworden ist und den Norden in einem hohen Maße in vielen Bereichen überholt hat. Er schreibt – in einem Satz zusammengefasst –: „Das Erfolgsgeheimnis des Südens ist ... kultureller Natur.“ Ich glaube, damit ist sehr viel ausgedrückt, nämlich das Bewusstsein für unsere Geschichte und die Verantwortung für dieses Land.

Ich glaube, dass wir sagen können: Wir sind ein selbstbewusster Freistaat. Wir sind stolz auf unsere Werte, wir sind stolz auf unsere Geschichte, und wir sind stolz auf unsere Eigenständigkeit. Wir sagen – das kann man mit Fug und Recht generell sagen – Ja zur Leistung und zur Verantwortung. Wir sagen Ja zur Solidarität mit den Schwächeren, zur Generationengerechtigkeit und zur Chancengerechtigkeit. Wir in Bayern sagen auch Ja zu den christlichen Werten und zum christlichen Menschenbild. Dieses Erbe zu mehren und diesen Zusammenhalt aller Bayern zu stärken, ist der generelle Auftrag an alle Mitglieder dieses Hohen Hauses.

Bei meinem Einzug in den Landtag vor 33 Jahren war ich stolz und auch dankbar, diesem Hohen Haus anzugehören. Ich bin das heute – auch als Ministerpräsident – genauso wie damals. Ich bin dankbar, diesem Haus anzugehören bzw. ihm angehört zu haben. Im Laufe dieser drei Jahrzehnte wurde mir eines bewusst: Nicht trotz, sondern wegen der Europäisierung, nicht trotz, sondern wegen der Globalisierung aller Lebensverhältnisse hat der Landtag eine große Verantwortung für die Menschen in Bayern. Jeder Abgeordnete leistet einen großen Beitrag zum Vertrauen in unsere Demokratie. Er ist ein Ferment unserer Demokratie. Die Menschen in Bayern wissen: Ihre Abgeordneten im Stimmkreis vor Ort sind die wichtigsten Ansprechpartner und die wichtigsten Garanten für eine bürgernahe Politik. Es gilt: Sacharbeit, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit zu gewinnen, nicht den Himmel auf Erden versprechen, Verantwortungsethik vor Heilsversprechen. Da müssen wir alle in den nächsten Wochen und Monaten in die Debatte eingreifen. Verantwortungsethik vor Heilsversprechen: Dieses demokratische Ethos gehört zum politischen Grundkonsens in Bayern. Dieser Konsens über alle Fraktionen hinweg ist das Wichtigste, damit Demagogen und Feinde unserer Verfassung von links und rechts keine Chance haben.

(Beifall bei der CSU und bei der SPD)

Demokratischer Wettstreit zwischen Opposition und Regierung ist unverzichtbar, damit sich am Ende die besten Lösungen für die Menschen durchsetzen. Ich bin zugleich der festen Überzeugung: Bei allen Meinungsverschiedenheiten, auch leidenschaftlichen und polemischen Debatten, ist immer erkennbar geblieben, dass wir uns

gegenseitig respektieren und dass wir alle das Beste für Bayern wollen. Dieser stabile demokratische Grundkonsens in Bayern war auch mir immer ein besonderes Anliegen.

Gestatten Sie mir zum Schluss eine persönliche Anmerkung. Das ist heute mein letztes Schlusswort an das Hohe Haus hier in Bayern. Ich bin vor allen Dingen für fast drei Jahrzehnte an der Spitze unseres Landes und an der Spitze meiner Partei dankbar, für 14 Jahre als Bayerischer Ministerpräsident. Ich möchte heute sagen: Das war eine aufregende, eine tolle Zeit. Es lohnt sich, für dieses Land zu arbeiten. Bayern ist überhaupt ein tolles Land, ein Land mit wunderbaren, verantwortungsbewussten Menschen.

Das ist auch meine Botschaft an die jüngere Generation: Es lohnt sich einzusetzen für unser Land und unsere Heimat. Engagiert euch politisch, gesellschaftlich, sozial!

Unser Heimat Bayern etwas zurückzugeben von dem, was uns hier geschenkt ist, ist eine wichtige und mich erfüllende Aufgabe.

Bedanken möchte ich mich heute bei allen, die in diesem Hohen Hause für Bayern einen wichtigen Dienst leisten, dem Landtagspräsidenten und dem gesamten Präsidium, allen Fraktionen und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Bayerischen Landtages.

Ich danke den Vertretern von Hörfunk, Fernsehen und Presse. Sie stehen – und haben auch diesen Anspruch – immer für Qualitätsjournalismus. Dieses wichtige Markenzeichen unserer Demokratie müssen wir hochhalten. Das ist für mich auch eine Voraussetzung für eine funktionierende Demokratie; denn der Bürger muss informiert werden, worum es geht. Und dafür ist Voraussetzung ein hoher Qualitätsjournalismus. Ich möchte Ihnen diesen attestieren. Als Vierte Gewalt haben Sie einen verantwortungsvollen Auftrag. Sie tragen maßgeblich zur politischen Meinungsbildung und zum stabilen politischen und demokratischen Grundkonsens in unserem Lande bei.

Sie alle, meine Damen und Herren, haben gemeinsam viel für unser Land geleistet. So wünsche ich Ihnen eine schöne und erholsame Ferienzeit. Der Landtag ist seit sechs Jahrzehnten die Quelle eines starken und sozialen Bayerns. Deshalb sage ich dankbar: Uns vereint die Verantwortung für die Menschen und die Arbeit für eine gute Zukunft. Das sollte man bei aller streitigen Debatte immer wieder auch bei solchen Gelegenheiten zum Ausdruck bringen. Das verlangt der Respekt gegenüber dem anderen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Genau!)

Uns vereint letzten Endes die Liebe zu Bayern.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Herr Ministerpräsident, vielen herzlichen Dank für diese guten Wünsche.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche uns allen eine erholsame parlamentarische Sommerpause und

hoffe, dass wir uns alle Ende September gesund wiedersehen.

Damit ist die Sitzung geschlossen.

(Schluss: 11.34 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 19.07.2007 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Magarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Maria Scharfenberg u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN; Öffentliche Information über meldepflichtige Ereignisse und Periodische Sicherheitsüberprüfungen in den bayerischen Atomkraftwerken (Drucksache 15/8668)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ach Manfred		X		Guttenberger Petra		X	
Ackermann Renate	X			Haderthauer Christine		X	
Babel Günther		X		Haedke Joachim			
Bause Margarete	X			Hallitzky Eike			
Dr. Beckstein Günther		X		Heckner Ingrid		X	
Dr. Bernhard Otmar		X		Heike Jürgen W.			
Dr. Beyer Thomas	X			Herold Hans		X	
Biechl Annemarie		X		Herrmann Joachim		X	
Biedefeld Susann	X			Hintersberger Johannes		X	
Bocklet Reinhold				Hoderlein Wolfgang			
Boutter Rainer	X			Hohlmeier Monika			
Breitschwert Klaus Dieter		X		Huber Erwin		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Huber Marcel		X	
Brunner Helmut	X			Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Christ Manfred		X		Hufe Peter		X	
Deml Marianne		X		Huml Melanie		X	
Dodell Renate		X		Imhof Hermann		X	
Dr. Döhler Karl		X		Dr. Kaiser Heinz			
Donhauser Heinz		X		Kamm Christine		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Kaul Henning		X	
Dupper Jürgen				Kern Anton		X	
Eck Gerhard		X		Kiesel Robert		X	
Eckstein Kurt		X		Kobler Konrad		X	
Eisenreich Georg		X		König Alexander		X	
Ettengruber Herbert		X		Kränzle Bernd			
Prof. Dr. Eykemann Walter		X		Dr. Kreidl Jakob		X	
Prof. Dr. Faltlhauser Kurt				Kreuzer Thomas		X	
Dr. Fickler Ingrid		X		Dr. Kronawitter Hildegard		X	
Fischer Herbert		X		Kupka Engelbert		X	
Dr. Förster Linus	X			Kustner Franz		X	
Freller Karl				Leichtle Willi			
Gabsteiger Günter		X		Graf von und zu Lerchenfeld Philipp		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Lochner-Fischer Monica			
Glück Alois		X		Lück Heidi		X	
Goderbauer Gertraud				Prof. Männle Ursula			
Görlitz Erika		X		Dr. Magerl Christian		X	
Götz Christa		X		Maget Franz			
Dr. Goppel Thomas				Matschi Christa		X	
Gote Ulrike	X			Meißner Christian		X	
Guckert Helmut		X		Memmel Hermann		X	
				Meyer Franz			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Miller Josef			
Dr. Müller Helmut		X	
Müller Herbert			
Mütze Thomas	X		
Naaß Christa	X		
Nadler Walter		X	
Narnhammer Bärbel	X		
Neumeier Johann		X	
Neumeyer Martin			
Nöth Eduard		X	
Obermeier Thomas		X	
Pachner Reinhard		X	
Paulig Ruth	X		
Peterke Rudolf		X	
Peters Gudrun	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Plattner Edeltraud		X	
Pongratz Ingeborg		X	
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radermacher Karin	X		
Rambold Hans		X	
Ranner Sepp		X	
Richter Roland		X	
Ritter Florian	X		
Freiherr von Rotenhan Sebastian			
Rotter Eberhard		X	
Rubenbauer Herbert		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Rütting Barbara	X		
Dr. Runge Martin	X		
Rupp Adelheid	X		
Sackmann Markus		X	
Sailer Martin		X	
Sauter Alfred			
Scharf-Gerlspeck Ulrike		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schieder Werner			
Schindler Franz	X		
Schmid Berta		X	
Schmid Georg		X	
Schmid Peter		X	
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Dr. Schnappauf Werner			
Schneider Siegfried			
Schorer Angelika		X	
Schuster Stefan	X		
Schwimmer Jakob		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard			
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig		X	
Spitzner Hans			
Sprinkart Adi	X		
Stahl Christine	X		
Stahl Georg		X	
Stamm Barbara		X	
Steiger Christa			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Prof. Dr. Stockinger Hans Gerhard		X	
Stöttner Klaus		X	
Dr. Stoiber Edmund			
Strehle Max		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone	X		
Thätter Blasius		X	
Tolle Simone	X		
Traublinger Heinrich		X	
Unterländer Joachim		X	
Prof. Dr. Vocke Jürgen		X	
Vogel Wolfgang			
Volkmann Rainer	X		
Wägemann Gerhard		X	
Wahnschaffe Joachim	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weichenrieder Max		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Weinberger Helga		X	
Dr. Weiß Bernd			
Dr. Weiß Manfred		X	
Weinhofer Peter		X	
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Wolfrum Klaus	X		
Zeitler Otto		X	
Zeller Alfons		X	
Zellmeier Josef		X	
Zengerle Josef		X	
Dr. Zimmermann Thomas		X	
Gesamtsumme	45	104	0

